Gemeinde Kriens

**Einwohnerrat**

# PROTOKOLL

## Einwohnerratssitzung 2017/2018
## Protokoll Nr. 8

| | |
|---|---|
| Sitzungsdatum | **Donnerstag, 24. Mai 2018** |
| Sitzungszeit | 14:00 Uhr bis 17:25 Uhr |
| Ort | Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens |

| | | |
|---|---|---|
| Protokoll | Präsidialdienste | |
| Direktwahl | 041 329 63 09 | 24. Mai 2018 |

| | | |
|---|---|---|
| **Anwesend** | Präsident | Rolf Schmid |
| | Einwohnerrat | 24 Mitglieder<br>Kurt Gisler (bis 16:25 Uhr)<br>Judith Mathis-Wicki (bis 16:25 Uhr)<br>Beat Tanner (ab 14:05 Uhr) |
| | Gemeinderat | 5 Mitglieder |
| | Gemeindeschreiber | Guido Solari |
| | Protokoll | Janine Lipp |
| **Entschuldigt** | | Bruno Bienz<br>Viktor Bienz<br>Enrico Ercolani<br>Yasikaran Manoharan<br>Raoul Niederberger |

Schachenstrasse 13 6011 Kriens
Telefon 041 329 63 03 Fax 041 329 63 06

## Traktanden


| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | Mitteilungen | | Seite 382 |
| 2. | Fragestunde<br>*(max. 30 Min.)* | | Seite 383 |
| 3. | Bericht und Antrag: Jahresrechnung 2017 | Nr. 112/18 | Seite 386 |
| 4. | Bericht und Antrag: Bebauungsplan Mülirain, 2. Lesung<br>Verkauf Grundstück Nr. 711 GB Kriens (Areal Mülirain)<br>Baukredit Verkabelung Hochspannungsleitung | Nr. 059/17 | Seite 397 |
| 4a. | Dringliches Postulat Burkhardt: Potentialanalyse beim Bypass – Verbindlichkeit schaffen! | Nr. 126/18 | Seite 402 |
| 5. | Beantwortung Interpellation Ercolani: Parkplätze von Krienser Ladengeschäfte | Nr. 099/17 | Seite 402 |
| 6. | Beantwortung Interpellation Ercolani: Krienser Schloss | Nr. 100/17 | Seite 402 |
| 7. | Beantwortung Interpellation Erni: Datengeschenke an Private? | Nr. 101/17 | Seite 405 |
| 8. | Postulat Büchi: Mitwirkung LuzernSüd<br>*Begründung* | Nr. 114/18 | Seite 408 |


## Neueingangsliste

Nr. 113/18 Beantwortung Interpellation B. Bienz: Sanierung Rengglochstrasse

Nr. 116/18 Beantwortung Interpellation Kobi: Weniger Glyphosat - mehr Gesundheit

Nr. 126/18 Dringliches Postulat Burkhardt: Potentialanalyse beim Bypass – Verbindlichkeit schaffen!
*Eingang: 08.05.2018*

Nr. 127/18 Postulat Manoharan: Gestaltung öffentlicher Räume im Zentrum von Kriens
*Eingang: 14.05.2018*

Nr. 128/18 Interpellation Niederberger: Abriss Motel Pilatusblick
*Eingang: 16.05.2018*

Nr. 105/18 Beantwortung Interpellation Graf: Krawalle im Asylzentrum Grosshof

**********

Rolf Schmid begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Gemäss dem Sprechenden ist heute der 145. Tag des gregorianischen Kalenders. Er wirft wiederum einen kurzen Blick in die Geschichtsbücher, was denn am 25. Mai so alles passiert ist:

- Damals, im Jahr 1085 stirbt Papst Gregor VII. Er war ein umstrittener Kirchenreformer und gilt als einer der bedeutendsten Päpste.
- Am 25. Mai 1895 wird der Autor Oscar Wilde wegen „Unzucht" (Homosexualität) zu zwei Jahren schwerer körperlicher Zwangsarbeit verurteilt.
- Am 25. Mai 1946 wird das Washingtoner Abkommen unterzeichnet. Die Verhandlungen über deutsche Vermögenswerte in der Schweiz werden damit erfolgreich beendet.
- Am 25. Mai 1973 verursacht der Spielfilm «Das grosse Fressen» (La grande bouffe) von Marco Ferreri bei den Filmfestspielen in Cannes einen Skandal.
- Am 25. Mai 2008 landet die NASA-Raumsonde Phoenix auf dem Mars. Sie war am 4. August 2007 gestartet und funkte bis zum 2. November 2008 Signale zur Erde.
- Seit dem Jahr 1983 ist der 25. Mai der Tag der vermissten Kinder.

Entschuldigt haben sich Bruno Bienz, Viktor Bienz, Enrico Ercolani, Yasikaran Manoharan und Raoul Niederberger. Beat Tanner stösst später zur Sitzung hinzu. Kurt Gisler und Judith Mathis-Wicki verlassen die Sitzung nach der Pause.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

## 1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Rolf Schmid keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Es ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen.

Am 8. Mai 2018 hat Anita Burkhardt-Künzler das dringliche **Postulat Burkhardt: Potentialanalyse beim Bypass – Verbindlichkeit schaffen! (Nr. 126/2018)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat wird unter dem Traktandum 4a behandelt.

*Mitteilungen seitens des Präsidiums*

Rolf Schmid weist nochmals auf den Ratsausflug vom 30. Juni 2018 hin. Er bittet um Anmeldung bis spätestens 10. Juni 2018 an Janine Lipp. Bitte auch mitteilen, ob das Fleisch- oder Vegi-Menü gewünscht wird.

Wie schon bei der letzten Sitzung angekündigt, findet am Samstag, den 9. Juni 2018 auf Schloss Schauensee erstmals ein Schlosstag statt.

## 2. Fragestunde

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler wurden auf Facebook viele Fotos hochgeladen, die die grossen Abfallberge auf dem Spielplatz Langmatt zeigen. Es sind sehr scheussliche Fotos. Wie geht der Gemeinderat damit um? Wird die Polizei eingeschaltet? Was passiert, dass dort keine Abfallentsorgung stattfindet?

Matthias Senn meint, dass dies leider ein allgemeines gesellschaftliches Problem der heutigen Zeit ist. Bei jeder Ansammlung von grösseren Menschenmengen gibt es Abfallberge und niemand fühlt sich verantwortlich den Abfall zu beseitigen. Wenn man einen Hinweis hat, wer dies gemacht hat, könnte man diese Personen verzeigen. Sonst bleibt aber kein anderer Weg, als dass der Werkunterhalt den Abfall einfach entsorgt.

Michèle Binggeli ist die Haltung des Gemeinderates bekannt, dass er versucht Einsprachen gegen Baugesuche gütlich zu erledigen. Aus der Bevölkerung wurde ihr zugetragen, dass eine Einsprache ohne Kontaktaufnahme, ohne Möglichkeit zum Rückzug und ohne Einspracheverhandlung abgewiesen wurde. Dies erfolgte kostenpflichtig für Fr. 400.00. Gibt es eine Praxisänderung oder versucht man auch in Zukunft Einsprachen gütlich zu erledigen? War dies ein Einzelfall?

Gemäss Matthias Senn werden bei Ortsplanungs- und Bebauungsplanverfahren immer Einspracheverhandlungen durchgeführt. Bei Gestaltungsplänen erfolgt dies je nach Situation und bei Baugesuchen werden in der Regel keine Einspracheverhandlungen durchgeführt. Den Einsprechenden wird jedoch jeweils mitgeteilt, dass die Einsprache wahrscheinlich abgewiesen wird und sie die Möglichkeit haben die Einsprache bis zu einem gewissen Zeitpunkt zurückzuziehen. Ansonsten gibt es einen kostenpflichtigen Entscheid des Gemeinderates. Im Gebührenreglement ist auch der Aufwand für die Abweisung von Einsprachen geregelt. Sollten für alle Einsprachen bei Baubewilligungsverfahren Einspracheverhandlungen durchgeführt werden, müsste eine neue Person dafür eingestellt werden.

Laut Erwin Schwarz konnte man in der Neuen Luzerner Zeitung lesen, dass im Durchgangszentrum Grosshof Familien einziehen werden. Der Kanton hat vor dem Bau des Zentrums der Gemeinde zugesichert, dass keine Personen mit asylrechtlichem Status mehr zugewiesen werden. Kommen diese nun durch die Hintertür? Wo werden die Kinder eingeschult? Seines Wissens trägt die Gemeinde 75 % der Schulgebühren.

Lothar Sidler führt aus, dass bei der Bewilligung des Baus angedacht war, dass dies als Erstaufnahmezentrum dient. Dies bedeutet, dass diejenigen Leute, welche dem Kanton Luzern zugewiesen werden zuerst in dieses Zentrum kommen. Nach erfolgter Assimilations-Phase werden diese dann auf die Gemeinden verteilt. Es war immer geplant, dass Asylsuchende in das Zentrum Grosshof kommen. Personen mit Flüchtlingsstatus und vorläufig Aufgenommenen sollten nie in dieses Zentrum kommen. Das was jetzt passiert, ist die Umsetzung der ursprünglichen Intention. Man konnte dies jedoch auf Familien mit Kleinkindern beschränken. Bei den MNA's spielt es keine Rolle, ob diese Asylsuchende oder vorläufig Aufgenommene sind oder den Flüchtlingsstatus haben. Diese bleiben im Zentrum bis sie 18 Jahre alt sind. Diese werden dann auf die Gemeinden verteilt. Die Einschulung der Kinder im Grosshof erfolgt zentral an einer kantonalen Stelle. Die Gemeinde Kriens ist davon nicht betroffen. Es kann jedoch Ausnahmen geben, wenn das Kind fleissig ist, sehr schnell die Sprache lernt und daher auch schnell eingeschult werden kann. Diese kommen dann in die ordentliche Schule.

Wenn die Familien assimiliert sind, werden sie auf andere Gemeinden verteilt und die Kinder werden auch dort eingeschult.

Michael Portmann hat von einem befreundeten Paar erfahren, welches im Jahr 2019 an einem Freitag heiraten möchte, dass Trauungen am Freitagnachmittag nicht mehr möglich sind. Ist das tatsächlich so?

Gemäss Cyrill Wiget kann man sich selbstverständlich auch im Jahr 2019 noch freitagnachmittags trauen lassen. Er glaubt er weiss woher diese Irritation stammt. Im Gemeinderat wurde die Diskussion über die neuen Öffnungszeiten des Stadtbüros geführt. Diese wurden leicht angepasst. Am Freitagnachmittag schliessen die Schalter um 15:00 Uhr. Man kann schon davon ausgehen, dass dies auch für Trauungen gilt. Jedoch können Termine auch ausserhalb dieser Öffnungszeiten vereinbart werden und das gilt für alle Amtsstellen. Man muss sich einfach vorher anmelden. Für Trauungen gibt es nur eine Person, die die Befähigung dazu hat. Wenn diese Person schon verbucht ist oder der Raum schon besetzt ist, kann schon einmal eine Absage erfolgen.

Tomas Kobi hat eine Frage zum Ökihof betreffend Alleingang der Gemeinde Horw. Was macht Kriens? Wie geht man damit um?

Laut Matthias Senn findet die nächste Ökihof-Sitzung Anfang Juni statt. Seit der Diskussion im Einwohnerrat Horw fand keine Sitzung mehr statt. Der Gemeinderat hat dies besprochen und hat die Haltung, dass eine 1:1 Lösung eine gute Lösung ist. Es ist nicht möglich, dass Horw im Werkhof einen Ökihof eröffnet und der Ökihof an der Technikumstrasse geschlossen wird. Beide zusammen wäre eine gute Lösung, denn so wird der Ökihof an der Technikumstrasse entlastet. Die andere Option für einen neuen Standort ist noch nicht gestorben.

Kurt Gisler führt aus, dass an der Amstutzstrasse eine Immobilie der Armasuisse gehört. Darin sind verschiedene Verwaltungen und die Liegenschaftsabteilung der Armasuisse. Man hört nun, dass es dort einen Wechsel bzw. eine Auslagerung gibt. Weiss der Gemeinderat, was mit dieser Liegenschaft passiert?

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat keine konkreten Informationen erhalten, was damit passiert. Aber es ist korrekt, dass diese Liegenschaft leer wird.

Patrick Koch kommt auf die Fragestunde der letzten Sitzung betreffend Güterschuppen zurück. Er hat vernommen, dass die Gemeinde Kriens Pirmin Jung, Holzbauarchitekt aus Rain und CVP-Politiker beauftragt hat den Zustand des Güterschuppens aufzunehmen. Er ist etwas erstaunt, denn in Kriens gibt es auch Holzbauspezialisten. Wieso holt man dafür jemand Auswärtiges? Das ganze riecht etwas nach Filz.

Franco Faé hat bereits an der letzten Sitzung ausgeführt, wie das weitere Vorgehen beim Güterschuppen ist. Bevor das weitere Vorgehen angegangen wird, sollte zuerst der bauliche Zustand abgeklärt werden. Für diese Abklärung wurde ein Holz-Ingenieurbüro hinzugezogen. Wer von dieser Firma Jung vor Ort war, weiss der Sprechende nicht. Der Vorwurf, dass der Auftrag aufgrund der Partei vergeben wurde, weisst Franco Faé entschieden zurück. Im Ei-

chenspes hat die gleiche Firma gebaut. Man bezieht sich immer auf Leute mit Erfahrung. Der Auftrag steht in keiner Art und Weise mit seiner politischen Tätigkeit in Zusammenhang.

Rolf Schmid bittet die Fragestunde auch als solche zu benutzen und nicht als Vorwand unterschwellige Vorwürfe auszuteilen.

Roger Erni freut sich, dass der SC Kriens aufsteigt. Damit verbunden ist der Eröffnungstag vom 8. September 2018. Er hat gehört, dass dieser Termin in Gefahr ist. Stimmt das? Weiter sind anscheinend die Finanzen auch nicht so, wie sie sein sollten.

Franco Faé bestätigt, dass der zeitliche Ablauf tatsächlich kritisch ist. Aus planerischen Gründen sieht es so aus, dass das Stadion nicht am 8. September 2018 bezogen werden kann. Die Fristen der Sportschule sollten eingehalten werden können. Bezüglich der Finanzen ist man bei der Sportschule auch korrekt unterwegs. Beim Stadionbau hat der Kredit nicht gereicht, weshalb der Gemeinderat einen Zusatzkredit gesprochen hat. Die KFG wurde bereits informiert. Die Finanzen sollten keine weiteren Ausmasse annehmen. Man ist nun auf der richtigen Schiene.

Gemäss Michael Portmann stehen im Schappe Süd Räume für Bands, Künstler, Sitzungen etc. der Öffentlichkeit zur Verfügung. Im Bereich LuzernSüd unterhalb der Autobahn sieht es ganz anders aus. Wo in LuzernSüd sind welche mietbaren Räume für eine öffentliche Nutzung vorgesehen?

Cyrill Wiget hofft, dass nicht entgangen ist, dass die Musikhochschule drei Säle baut. Zu diesen hoch interessanten Sälen kommt noch das Angebot des Südpols dazu. Die öffentlich nutzbaren Räume sind somit gut abgedeckt.

Erich Tschümperlin hat erfahren, dass die Verbrennungsanlage Perlen die Gebühren von Fr. 110.00 auf 100.00 pro Tonne gesenkt hat. Wie profitiert die Gemeinde Kriens davon über REAL?

Matthias Senn ist bisher noch nichts bekannt. Er muss dies abklären.

*Anmerkung der Protokollführerin:*

*Anlässlich der Genehmigung des Budgets 2018 von REAL wurde diese Kostensenkung der Renergia thematisiert. Eine Gebührensenkung an die Gemeinden oder auf die Sackgebühr ist vorderhand nicht vorgesehen.*

Kurt Gisler erwähnt den Fussgängerweg im Obernau unterhalb der Schreinerei Baumgartner. Dieser ist ein Schotter- und Kiesfussweg und bei Regen ist es eher ein Bachbett. Wie muss man vorgehen, um eine Verbesserung erreichen zu können?

Laut Matthias Senn liegt für die Kantonsstrasse ein Strassenprojekt auf. Dafür ist die Gemeinde nicht zuständig. Da dies schon mehrere Jahre so ist, wird man bis zum Baubeginn sicher

nichts mehr ändern. Bisher ist dem Sprechenden nicht bekannt, dass es diesbezüglich Reklamationen gab.

Michèle Binggeli ist erfreulicherweise aufgefallen, dass das Kriens Logo eingangs von Kriens seinen I-Punkt wieder erhalten hat. Dieser wurde ja entfernt und die Erneuerung ist mit Kosten verbunden. Hat sich hier ein Sponsor gefunden? Wer war das?

Cyrill Wiget führt aus, dass das Logo ein Geschenk des Gewerbeverbandes war. Wer den I-Punkt erneuert hat, weiss der Sprechende nicht. Dies müsste man beim Gewerbeverband nachfragen.

## 3. Bericht und Antrag: Jahresrechnung 2017 Nr. 112/18

Rolf Schmid begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Gemäss Martin Zellweger hat die KFG die Jahresrechnung 2017 in ihrer Sitzung vom 18. Mai 2018 traktandiert. In Anwesenheit des gesamten Gemeinderates sowie des Abteilungsleiters Finanzdienste konnte die Rechnung diskutiert werden und Fragen wurden kompetent beantwortet. Die KFG lobte den umfassenden Bericht und schätzt die Kontinuität der Form der Berichterstattung. Diese Kontinuität ist wertvoll, da die KFG natürlich bestrebt ist, die Entwicklung der Finanzen über einen grösseren Zeitraum zu verstehen, um so die Umsetzung der Finanzstrategie beurteilen zu können. Allerdings weiss man, dass uns HRM2 diesbezüglich sicherlich noch fordern wird. Das Resultat mit Fr. -300‘000.00 gegenüber den budgetierten -1.9 Mio. Franken hat natürlich erst mal alle erfreut. Vor allem wurden dabei die mehrheitliche Budgetdisziplin und das Kostenbewusstsein der Departemente gelobt. Etwas, das auch für die Zukunft zwingend sein wird. Während die bürgerliche Seite diese Spardisziplin weiterhin fordert, warnt links vor weiterem Sparen und Rückstellen von wichtigen Investitionen. Der gesamten Kommission bereiten die Bevölkerungsentwicklung, sowie die damit sogar rückläufigen Steuereinnahmen beträchtliche Sorgen. Die Einsicht des Gemeinderats, dass bisher das Wachstum zu optimistisch eingeschätzt wurde, ist speziell für die zukünftige Planung entscheidend. Die KFG wird diese Planung mit Vorliegen des anstehenden AFP‘s 2019 - 2023 intensiv und kritisch prüfen müssen. Etwas genauer ausgeleuchtet hat die KFG die nicht budgetierte Einmalzahlung der Heime Kriens in der Höhe von 4 Mio. Franken, welche das Jahresresultat gerettet hat, so dass die Rechnung nicht mit einem massiv höheren Verlust abgeschlossen werden musste. Diese 4 Mio. Franken erklären sich folgendermassen: Zur Ausfinanzierung der PKK musste die Gemeinde Kriens zu einem früheren Zeitpunkt Fremdkapital aufnehmen. Dieses Fremdkapital muss auch weiterhin verzinst werden. Mit der Auslagerung der Heime wurde vereinbart, dass der Anteil der Heime an diese Zinsen für die nächsten 20 Jahre mit dieser Einmalzahlung von 4 Mio. Franken an Kriens abgegolten werden. Da ist man quitt, die Heim AG ist nichts mehr schuldig. Diese 4 Mio. Franken sind also das Geld, welches die Gemeinde Kriens von der Heim AG erhalten hat, um in den nächsten 20 Jahren jährlich Fr. 200‘000.00 Zinsen zu bezahlen. Theoretisch könnte man dieses Geld also rückstellen, um so zukünftig 20 Jahre die Rechnung um diese Fr. 200‘000.00 Zinsen zu entlasten. Mit dem aktuellen Resultat macht dies natürlich finanztechnisch wenig Sinn. Dies vor allem, weil das Resultat ohne die 4 Mio. Franken so schlecht ausfallen würde, dass der effektive Bilanzfehlbetrag einen zusätzlichen Amortisationsbedarf von jährlich Fr. 400'000.00 mehr zur Folge hätte. Im Moment ist dies natürlich der absolut richtige Entscheid. Man rettet das Resultat, verhindert eine zusätzliche Amortisation von Fr. 400‘000.00, aber die zukünftigen jährlichen Fr. 200‘000 bleiben natürlich an der Gemeinde hängen. Die belasten die nächsten 20 Jahre die Rechnung und da

zahlt niemand mehr dran. Nach eingehender Diskussion verschiedener Detailfragen zur Rechnung hat die KFG den Beschlussestext zum B+A abschliessend einstimmig gutgeheissen, und dies natürlich nicht ohne Freude am besser ausgefallenen Resultat. Die KFG bedankt sich beim Gemeinderat für den umfassenden und aufschlussreichen Bericht, den Departementen für ihren Beitrag zur Einhaltung des Budgets und Franz Bucher mit seinem Team für die kompetente technische Führung der Finanzdienste. Eine qualitativ hochstehende Arbeit dieser Abteilung hilft die Finanzlage von Kriens transparent darzustellen und die politischen Diskussionen in herausfordernden Zeiten auf richtigen Grundlagen zu führen.

Die KBSG hat laut Erwin Schwarz die Jahresrechnung 2017, insbesondere die von ihr betroffenen Konten, diskutiert und die Zahlen mit Abteilungsleitern und den beiden Vorstehern der Departemente BKD und SD besprochen und entsprechende Fragen gestellt. Alle Fragen wurden schlüssig beantwortet. Die generellen Stellungnahmen zur Jahresrechnung hört man dann von den einzelnen Parteien direkt. Die Jahresrechnung wurde einstimmig angenommen. Auch an dieser Stelle nochmals besten Dank an die beiden Departementsvorsteher und an ihre Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

Thomas Lammer, Vizepräsident KBVU, führt aus, dass das Eintreten unbestritten war. Man zeigte sich erfreut über das bessere Ergebnis. Die Gründe dafür wurden bereits genannt. Die KBVU stellte diverse Fragen, welche kompetent beantwortet werden konnten. Der B+A wurde einstimmig angenommen. Besten Dank an alle Verantwortlichen.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist gemäss Judith Mathis-Wicki sehr zufrieden mit dem vorliegenden Resultat. Bei der Rechnung 2017 kann man wirklich von einer Punktlandung reden. Das budgetierte Defizit von 1.9 Mio. Franken konnte erfreulicherweise auf 0.3 Mio. Franken minimiert werden. Das ist in der angespannten finanziellen Lage überhaupt nicht selbstverständlich und zeugt von einer sehr grossen Anstrengung aller Beteiligten. Ihr Dank gilt denn auch allen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, die mit einer sehr hohen Budgetdisziplin zu diesem guten Resultat beigetragen haben. Ihr Dank gilt aber auch dem Finanzdepartement für die sehr transparente und gute Darstellung der Rechnung 2017. Grundsätzlich kann sie sagen, Kriens ist mit ihrer seit Jahren eingehaltenen Finanzstrategie auf dem richtigen Weg. Die hohe Budgetdisziplin wird aber auch in Zukunft, bei der nach wie vor angespannten und unsicheren Finanzlage, ein absolutes „Muss“ bleiben. Was seit einigen Jahren nicht eintrifft, wie budgetiert, sind die Steuereinnahmen. Dies gibt sehr zu denken und sieht nach einer massiven Verzögerung der prognostizierten Entwicklung aus. Die Einwohnerzahl ist sogar leicht gesunken. Das heisst, die Zahlen müssen für die Zukunft noch vorsichtiger budgetiert werden, was bereits für das Budget 2019 eine grosse Herausforderung darstellt. Die Wachstumsvorgaben des Kantons sind zu hoch angesetzt und müssen korrigiert werden. Kriens steht mit der grossen Zahl an neuen Wohnungen vor einem, wenn auch verzögerten, quantitativem Wachstum. Man darf dabei die qualitative Entwicklung der Gemeinde, den Quartieren und vor allem den Aussen- und Freiräumen nicht aus den Augen verlieren. Dies ist letztendlich der entscheidende Faktor, wenn es um die Attraktivität der Gemeinde geht. Was in der Rechnung 2017 auffällt ist, dass fast 15 Mio. Franken weniger investiert wurden als budgetiert. Dies hat natürlich zu weniger Folgekosten und Abschreibungen geführt. Die Investitionen werden jedoch sicher zu einem späteren Zeitpunkt noch erfolgen. Es wird weiterhin grosse Anstrengungen brauchen, um die angestrebten finanzpolitischen Ziele zu erreichen. Die Herausforderungen von Seiten des Kantons werden ebenfalls bleiben. Es stehen noch KP17 Massnahmen, wie die Übernahme der Ergänzungsleistungen, bevor und einige Unbekannte der Aufgaben- und Finanzreform 2018 stehen ebenfalls noch an. Den Zusammenarbeitsprojekten der K5 Gemeinden und dem Nutzen der vorhandenen Synergien muss höchste Beachtung geschenkt werden. Die grosse bauliche Entwicklung und die bevorstehende Entwicklung der Bevölkerungszahl wird

ein hohes Mass an Infrastrukturkosen erfordern. Hier gilt es alle Möglichkeiten der Mitfinanzierung durch Drittbeiträge auszuschöpfen und die Bauherrschaften in die Verantwortung zu nehmen. Die CVP/JCVP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und der Rechnung 2017 zustimmen.

Auch die SVP-Fraktion bedankt sich laut Martin Zellweger beim Gemeinderat für die ausführliche Berichterstattung und die übersichtliche Darstellung der Rechnung 2017. Betrachtet man das Resultat der „roten Null", d.h. das Minus von Fr. 300'000.00 anstelle der budgetierten 1.9 Mio. Franken isoliert, so ist dies natürlich erstmals sehr erfreulich. Sie ist wirklich froh darüber, dass nicht das budgetierte Minus von 1.9 Mio. Franken resultierte, sondern fast eine ausgeglichene Zahl, so wie sie eigentlich von der SVP-Fraktion bereits bei der Planung des Jahres gefordert wurde. Nun bei näherer Betrachtung wirkt dann das Ganze natürlich überhaupt nicht mehr rosig. Man nimmt die Einmalzahlung von 4 Mio. Franken, welche für die Zinszahlungen der nächsten Jahre gedacht sind und stopft damit das Loch, welches dieses Jahr eigentlich massiv grösser als geplant ausfällt. Damit verhindert man so noch ein weiteres Desaster und weitere zusätzliche Amortisationen des Fehlbetrages. Für den Moment mag das ja ok sein und finanztechnisch richtig. Die Wahrheit ist aber, es handelt sich wieder um eine Last, die man auch wieder in die Zukunft verschiebt. Man nennt sie dann später Altlast. Fakt ist, hätte die nicht budgetierte Einmalzahlung nicht verbucht werden können, so wäre das Resultat 2017 um 4 Mio. Franken schlechter ausgefallen, 2.4 Mio. Franken schlechter als budgetiert, also -4.3 Mio. Franken. Wären dann noch die KP17-Effekte gemäss Budget eingetroffen, so würde Kriens heute mit der regulären Rechnung bei -5.58 Mio. Franken liegen. Nun da ist Kriens ja Gott sei Dank nicht. Trotzdem zeigt diese Rechnung, wo man eigentlich im regulären Geschäft ein gröberes Problem hat. Man kann die Sondersteuern ruhig von den zu tiefen Steuererträgen und Nachträgen abziehen, es fehlen immer noch 4.6 Mio. Franken an Steuererträgen. Den Grund des Übels kennen alle und sogar der Gemeinderat spricht es in seiner Würdigung inzwischen aus. Der Sprechende zitiert*: „Die Wachstumsannahme war - im Nachhinein gesehen - zu optimistisch"*. Leider sieht es der Gemeinderat erst im Nachhinein und hat sich trotz den konkreten Warnungen nicht vom Pfad der optimistischen Planung abhalten lassen. Die Entwicklung der Steuern ist im Vergleich zu den budgetierten Erträgen ganz einfach ein Trauerspiel. Und es stört enorm, wenn man bedenkt, dass dies aus Sicht der SVP-Fraktion schon vorher absehbar war. Erstaunlicherweise spricht der Gemeinderat jetzt plötzlich von Risiken in Bezug auf das verzögerte Wachstum. Jetzt ist dies falsch. Dies sind jetzt Tatsachen, also Herausforderungen, nicht mehr Risiken. Risiken waren es in früheren Jahren. Dort hat man sie trotz wiederholten Hinweisen ausgeblendet. Jetzt sind die Verzögerungen einfach noch harte Fakten. Es bringt auch nichts, auf alle anderen Gemeinden und den Kanton zu verweisen. Es tröstet wenig, wenn diese auch weniger Steuererträge eingefahren haben. Man muss nicht einfach planen was der Kanton denkt. Kriens muss die eigene Planung und Risiken anpassen und seine spezielle Situation berücksichtigen. Die Einplanung der KP17 zeigt einen wesentlich besseren Umgang des Gemeinderates mit Risiken. Hier ist man eher von der negativen Erwartung ausgegangen, hat insgesamt dadurch gespart und erlebt nun den Positiveffekt. Genau so hätte man eben den Wachstumspfad auch besser mit gesunder Vorsicht budgetiert und nicht in Euphorie mit Blick auf eine goldige Zukunft. Aber es ist jetzt so und eigentlich ist dies nur Vergangenheitsbewältigung. Und der Gemeinderat verspricht ja jetzt Besserung in seiner Würdigung und will die Wachstumsprognosen in der Planung anpassen. Die SVP-Fraktion ist gespannt, wie der Gemeinderat seine Ziele im AFP 2019 - 2023 erreichen will. Er wird in der Detaildiskussion noch kurz darauf zu sprechen kommen. Es freut sie natürlich auch in dieser Rechnung 2017, dass entgegen den jeweiligen Aussagen des Gemeinderates während der Planungsphase, in der Umsetzung dann immer noch Sparpotential vorhanden ist. Das wird dem Gemeinderat sicher auch helfen, wenn er seine Finanzziele trotz dem kleineren Wachstum erreichen will. Die Rechnung ist geschrieben, das Gesamtresultat besser als erwartet, wenn auch durch Sondererträge, mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 300'000.00 was fast einer roten Null entspricht. Im Rahmen des

sehr optimistisch geplanten Handlungsraums wurde die Budgetdisziplin hochgehalten. Dies möchte die SVP-Fraktion lobend anerkennen. Sie bedankt sich für die geleistete Arbeit beim Gemeinderat, den Departementen aber auch den Finanzdiensten. Die SVP-Fraktion tritt ein und wird den Beschlussestext gutheissen.

Gemäss Roger Erni predigt die FDP schon seit Jahren immer das Gleiche. Die Rechnung ist Vergangenheitsbewältigung. Die FDP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und die Rechnung auch annehmen. Der Gemeinderat muss bei den Positionen 900.00.400.10, 20 und 581.00 aufpassen. Zuerst kommt er zur Position 581.00 Wirtschaftliche Sozialhilfe. 8 Mio. Franken werden netto dafür ausgegeben. Brutto entspricht dies bald einem Apparat von 20 Mio. Franken. Es wurden Fr. 300‘000.00 mehr als in der Rechnung und Fr. 200'000.00 mehr als budgetiert. Das tut weh. Es wurde gesagt, dass vorsichtig budgetiert wurde und nicht mehr ausgegeben wird. Dort wird die FDP-Fraktion weiterhin ihr Augenmerk darauf legen. Der Gemeinderat soll versuchen den Betrag von 8 Mio. Franken zu verkleinern oder ganz genau hinzuschauen. Weiter soll die Krienser Bevölkerung dazu ermächtigt werden Selbstverantwortung zu übernehmen. Die andere Position 900.00.400.10 betrifft die Gemeindesteuererträge des laufenden Jahres. Dort schloss man 3 Mio. Franken unter Budget ab. Bei zwei Positionen weiter unten wird es noch viel trister, auch mit Blick auf das Versprochene. Dort geht es um die Gemeindesteuererträge des Vorjahres. Letztes Jahr wurde dies bereits im Einwohnerrat diskutiert und der Gemeinderat sagte, dass diese kleiner ausgefallen ist und man Nachsteuererträge erwartet. Budgetiert waren 4.1 Mio. Franken. Tatsächlich flossen 2017 1.1 Mio. Franken weniger in die Gemeindekasse. Das sind somit 3 Mio. Franken weniger. Somit wurden die Steuererträge um 6 Mio. Franken höher budgetiert, als sie ausgefallen sind. Die FDP-Fraktion gibt der SVP Recht. Der Gemeinderat muss hier realistischer und vorsichtiger die Steuererträge einschätzen. Es sollen mehr Steuererträge eingehen und weniger Sozialleistungen ausbezahlt werden. Zu erwähnen gelten noch die Bruttoinvestitionen. Budgetiert waren 56 Mio. Franken und nun wurden 24 Mio. Franken weniger investiert. Kann Kriens in einem Jahr überhaupt 56 Mio. Franken investieren? Die FDP-Fraktion nimmt die 1.65 Mio. Franken besser ausgefallene Rechnung als budgetiert hin. Zum Schluss nochmals ein Aber. Die FDP-Fraktion verlangt, dass so wie im Finanzplan vorgesehen, Kriens bald wieder positives Eigenkapital hat.

Raphael Spörri möchte zuerst einmal im Namen der SP-Fraktion einen Dank an alle Beteiligten für die grosse Arbeit und übersichtliche Darstellung der Rechnung 2017 aussprechen. Eine Rechnung ist immer Vergangenheitsbewältigung und einzig als Mass für das nächste Budget wichtig. Ein Jammern und Anklagen über einzelne Budgetposten macht keinen Sinn, man kann es sowieso nicht ändern. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion froh, dass die Gemeinde mit einer roten Null abschliesst. Dies gibt in dieser hektischen und zerstrittenen Zeit hoffentlich wieder etwas Ruhe in den Gemeinderat. Trotzdem muss Kriens in Zukunft schwarze Zahlen schreiben, um die Schulden abzubauen und die unerfreulichen Parameter die aus der Rechnung 2017 nicht weg zu diskutieren sind, zu eliminieren. Dies ist aufgrund vielem Unbekanntem, wie z.B. Kantonsentscheide, Änderung von Gesetzen oder Prognosen von Bevölkerungsentwicklung, schwierig und desto löblicher ist die erarbeitete Null. Leider hat uns auch dieses Jahr die wohl nicht ganz unerwartete Verzögerung der Bevölkerungszunahme und der damit erhofften Mehreinnahmen bei den Steuern auf dem linken Fuss erwischt, und dies meint der Sprechende jetzt nicht in einem politischen Bezug. Nach Meinung der SP-Fraktion wäre dies absehbar gewesen. Denn ein Blick auf sämtliche Baustellen hätte gezeigt, dass erst in diesen Wochen die ersten Bauten ausgerüstet und wohl auch bezugsbereit werden. Die Folge daraus ist ein Sparprogram, welches wohl nur vom Kanton übertroffen wird. Es ist sicher Zufall, dass auch der kantonale Säckelmeister ein Krienser ist. Während beim Kanton eine verfehlte Finanzpolitik zum Sparen zwingt, ist es in Kriens eher Väterchen Zufall, der zu einer Null geführt hat. Raphael Spörri möchte nicht jedes Jahr die Hoffnung auf Mehreinnahmen bei

Sonder- und Motorfahrzeugsteuern haben, sondern auch die andere Seite, nämlich die der Einnahmen, miteinbeziehen. Gerade heute war in der Zeitung zu lesen, dass eben der Kanton die Firmensteuern wieder gedenkt zu heben. Also muss doch etwas Wahres daran sein. Was will der Sprechende nun damit sagen? Nach Meinung der SP-Fraktion ist die Sparseite nun genug ausgequetscht. Da möchte er noch einmal auf ihre Interpellation der letzten Sitzung hinweisen. Will man wirklich weiter sparen bei der Aufenthaltsqualität von öffentlichen Plätzen, bei der Barrierefreiheit von Behinderten, den Verbindungen für den Langsam-Verkehr in LuzernSüd oder der Quartierentwicklung? Was wird das Nächste sein? Wenn Prognosen von schwarzen Zahlen nicht eintreten, muss die Einnahmeseite thematisiert werden. Und da darf das Thema Steuererhöhung kein Tabu sein. Oder wo kann man sonst noch Einnahmen generieren? Wäre vielleicht eine Zollabgabe an den Grenzen zu Luzern und Malters denkbar? Oder man führt andere sinnlose Abgaben ein. Dann wäre eine höhere Abgabe bei Parkgebühren und Sondersteuern doch eher zutreffender. Holt man sich doch das Geld dort, wo es genügend vorhanden ist. Raphael Spörri gibt es zu, dass diese Vorschläge genau so absurd sind wie die Tatsache, und nun hören sie gut zu, dass die Gemeinde von der Sparpolitik des Kantons bei den Prämienverbilligungen profitiert hat. Die nicht ausbezahlten Prämienverbilligungen die die Gemeinde dank der Sparpolitik des Kantons und dem budgetlosen Zustand nicht ausbezahlen musste, blieben in der Kasse. Das ist gespart auf dem Buckel der Armen. Das ist etwas Peinlich. Lasst aufgrund der vorliegenden Rechnung ein Budget erarbeiten, welches nicht nur die Sparseite in Betracht zieht, sondern man soll mutig sein von jenen Bürgern etwas mehr zu fordern, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Und da zählt sich der Sprechende auch dazu. Die Krienser Bevölkerung will Qualität und diese kostet halt. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird die Rechnung 2017 genehmigen. Sie fordert aber erneut, dass das Budget 2019 nicht zu einer reinen Sparübung verkommt, sondern dass auch vermehrt die Einnahmen untersucht werden. Wenn man schon hofft gute Steuerzahler nach Kriens zu holen, soll diesen ein Ausbau von guten Schulen, Kultur, Infrastruktur und ein lebenswertes Kriens etwas wert sein.

Natürlich begrüsst auch gemäss Erich Tschümperlin die Grüne/GLP-Fraktion, dass die Rechnung ausgeglichen ausgefallen ist. Was sie beunruhigt ist jedoch, dass die Bevölkerung in Kriens statt zu wachsen sogar abnimmt. Dies hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Sie hofft, dass mit den neuen Wohnungen auch die Bevölkerung in Kriens wie vorgesehen wächst und dass die neuen Wohnungen nicht leer bleiben. Hier zeigen sich nun deutlich die Risiken der eingeschlagenen Wachstumsstrategie. Und es zeigt sich auch, dass trotz bewilligter Bauprojekte die Bevölkerungszunahme nur beschränkt planbar ist, ja dass sogar temporär das Gegenteil eintrifft von dem was man sich erhofft hat. Andererseits muss man in Zukunft von einer Stagnation der Steuereinnahmen ausgehen, bei gleichbleibender Wohnbevölkerung. Denn die Löhne der Normalverdiener sind in den letzten Jahren kaum gewachsen. Auch der Einwohnerrat trägt dazu bei, wird doch die Lohnsumme für die Gemeindeangestellten jeweils um maximal 0.5 % erhöht. Deshalb kann man auch nicht mehr Steuereinnahmen von diesen Leuten erwarten. Die Sondereffekte die zur ausgeglichenen Rechnung beigetragen haben, werden von den einen beklagt und freuen die anderen. Es ist müssig darüber zu streiten, wie das Budget ohne diese ausgesehen hätte. Kriens hatte schon massiv höhere Sondersteuern als budgetiert. Sondereffekte lassen sich in der Regel nicht planen. Man soll sich freuen, dass sie sich zu unseren Gunsten ausgewirkt haben. Leider werden die Abschreibungen aus dieser Vergütung der Abschreibungsschuld der PKK noch viele Jahre die Rechnung belasten, mindestens für dieses Jahr schlagen sie aber positiv zu Buche. Es lässt sich nicht alles planen und die Budgetgenauigkeit ist hoch. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft, dass aufgrund des Budgetdrucks nicht Investitionen und Ausgaben zurückgestellt wurden, die uns später einholen werden. Er erwähnt die Altlasten betreffend Schulhaussanierungen, Finanzierung der Pensionskasse, Hergiswaldbrücke etc. Wenn Kriens attraktiv bleiben oder attraktiver werden will, sind auch in diesen Zeiten Investitionen dafür notwendig, sonst greift die Wachstumsstrategie nicht oder das Steuersubstrat stimmt am Schluss nicht. An dieser

Stelle möchte der Sprechende auch auf zwei Themen speziell hinweisen, die restlichen Fragen stellt er während der Detailberatung. Als erstes ist aufgefallen, dass bei den Nachträgen die Budgetdisziplin nicht überall gleich gross ist. Besonders in Zeiten wo das Geld knapp ist, stehen Nachtragskredite schräg in der Landschaft. Sie verwundert zum Beispiel, dass bei der laufenden Rechnung:

- Der „Planungskredit Parkierung Parkbad Kleinfeld“ von Fr. 56'800.00 nicht im Projekt Kleinfeld berücksichtigt wurde,
- die „Externe Führungsunterstützung Immobiliendienste“ von Fr. 130'000.00 nötig war und nicht budgetiert werden konnte,
- das „Projekt schulergänzende Tagesstrukturen“ von Fr. 21'600.00 nötig wurde und nicht budgetiert werden konnte,
- die Suche eines „neuen Standorts der Ludothek“ von Fr. 12'700.00 nicht budgetiert werden konnte,
- der „Velounterstand Feuerwehr“ von Fr. 20'300.00 nicht im Projekt Feuerwehr Werkhof enthalten war.

Auch bei den Investitionen kann man sich fragen, weshalb die Integration der Wasserversorgung im Feuerwehr- und Werkhofgebäude nicht Teil des Zentrumsprojekts ist. Als zweites möchte Erich Tschümperlin aus aktuellem Anlass und weil dazu bereits einige Vorstösse eingebracht wurden noch einen Kommentar auf Seite 120 erwähnen. Es wurde ja mehrmals verlangt, dass das Schloss Schauensee besser vermarktet wird und für die Leute in Kriens attraktiver wird. Es gibt nun eine Ideensammlung und auch ein Konzept. Die Grüne/GLP-Fraktion ist davon ausgegangen, dass der Gemeinderat nun endlich etwas unternimmt. Der Gemeinderat schreibt: *„Das gesetzte Ziel konnte nicht erreicht werden. Der Durchschnitt der letzten Jahre zeigt, dass optimistisch budgetiert wurde.“* Statt Aufbruchsstimmung liest man hier so etwas wie eine Kapitulation. Mit dieser Einstellung wird das Schloss noch lange ein Mauerblümchen Dasein fristen. Man wird dies Jahr für Jahr bedauern. Mehr kann der Einwohnerrat nicht mehr machen, Vorstösse dazu gab es genug. So behandelt man ja auch heute wieder einen. An dieser Stelle dankt die Grüne/GLP-Fraktion einmal mehr der Finanzabteilung für die sehr gute und transparente Rechnung und ihre hervorragende Arbeit. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem B+A zu.

Laut Michael Portmann könnte „Jeder Rappen zählt!“ das Motto der heutigen Debatte zur Rechnung 2017 sein. Trotzdem denken nur wenige Menschen bei diesen Worten an diese Debatte, sondern eher an die Spendenaktion der Glückskette, die auch letztes Jahr vor dem KKL in Luzern stattgefunden hat. Insgesamt wurden 6 Mio. Franken gespendet, welche in Bildungsprojekte investiert wurden. Mit dem Geld wurde vielen Menschen die Chance gegeben, lesen zu lernen. Lesen zu können bedeutet nämlich oft selbständig seine Rechte wahrnehmen können und ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Leben. „Jeder Rappen zählt!“ war also für die Rechnung 2017 wichtig. Kriens hatte riesig Glück, dass die Motorfahrzeug- und Sondersteuern zu Mehreinnahmen geführt haben. Sich die Ausfinanzierungsschuld der Heim AG Kriens bereits 2017 auszahlen zu lassen, war clever. Dass die Kürzungen des Kantons bei der individuellen Prämienverbilligung die Gemeinde entlastet, trübt aber das Bild von Kriens als starker und selbständiger Stadt. Es macht nachdenklich, dass Kriens, wie budgetiert, auch von der Pensenerhöhung der Lehrpersonen profitiert hat. Gott sei Dank konnte die Rechnung auf Kosten von anderen aufpoliert werden. „Jeder Rappen zählt!“ bedeutet auch, dass alle Departemente unter dem Jahr immer wieder überprüfen, wieviel sie bereits ausgegeben haben. Sobald sichtbar wird, dass das Budget überschritten werden könnte, werden an anderen Stellen Dienstleistungen gestrichen. Bei Krankheitsfällen oder Gerichtsfällen explodiert der Aufwand für die wirtschaftliche Sozialhilfe vielleicht unerwartet, abhängig von zwei bis drei Personen. Dann werden bei der persönlichen Sozialhilfe die Arbeitsintegrationsmassnahmen auf ein Minimum hinuntergefahren, da sie ge-

setzlich nicht vorgeschrieben sind. Das braucht etwas Geduld der Betroffenen bis man wieder genügend Geld hat. In der Bildung dagegen kann man unter dem Jahr den Unterricht nicht einfach zurückfahren und weniger ausgeben. Dort muss man genügend Abteilungen planen, damit alles aufgeht. Im besten Fall war die Kalkulation zu konservativ, so dass das Budget unterschritten wird. Es wäre ja auch nicht zumutbar, wenn den Eltern und Kindern aus der Kuonimatt eröffnet werden muss, dass es nur noch im Obernau Platz für ihre Kinder hat oder dass plötzlich 30 Kinder in einer Schulklasse sind. Der Verwaltung und dem Gemeinderat sei Dank, dass Kriens in allen Departementen mit gesundem Augenmass plant und nicht zu vergessen, dass Mittelwerte und Tendenzen immer so gut sind wie die Annahmen, die dabei getroffen wurden. „Jeder Rappen zählt!“ ist für die Gemeinde wichtig, wenn man sich auf die Kernaufgaben besinnt. Den Kindern und Jugendlichen gibt man die Chance, dass sie ihren Weg ins Arbeitsleben finden. Die Erwachsenen profitieren vom vielfältigen Angebot von Arbeitsplätzen, Wohngelegenheiten, Vereinsleben, Kultur und Tradition. Im Alter erhält man die Chance weiterhin in den eigenen vier Wänden ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen, so dass man erst ganz am Schluss im Pflegeheim landet. Auch hier erhält man die Chance sein Leben in Würde abzuschliessen. Auch wenn diese Chancen in Form von Geldbeiträgen im Budget abgebildet werden, werden nie alle ihre Chance packen. Deshalb ist es auch notwendig, dass den 400 Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern und allen anderen Menschen in der Sozialhilfe immer wieder von neuem die Chance gegeben wird, ihre Leben in den Griff zu bekommen und auch gezielt mithelfen, dass sie ihre Chance packen können. „Jeder Rappen zählt!“ zeigt auch, dass es in unseren Händen liegt dazu beizutragen, dass die Gemeinde allen Menschen in Kriens eine Chance geben kann. Es liegt an Kriens als starker und selbständiger Stadt so viel beizutragen, dass man ohne Kürzungen bei den individuellen Prämienverbilligungen, ohne Kürzungen bei den Löhnen der Kantonsangestellten und ohne clevere einmalige Finanzmanöver aus eigener Kraft für ein eigenständiges Kriens einstehen kann. Schliesslich ist es auch auf der Einnahmeseite so, dass „Jeder Rappen zählt!“.

Räto Camenisch möchte ein paar Richtigstellungen machen. Der Gemeinderat hat bei der Abstimmung zum Zentrum versprochen, dass es keine Steuererhöhungen gibt. Weiter wurde damit argumentiert, dass es das Zentrum sogar braucht, um Steuererhöhungen verhindern zu können. Er geht davon aus, dass diese Aussagen immer noch gelten. Der budgetlose Zustand des Kantons hat so lange gedauert, weil das Volk mit 57 % eine Steuererhöhung abgelehnt hat und es deswegen lange Fristen gab. Aber dies führte schlussendlich auch beim Kanton für eine Verbesserung der Rechnung. Die Grenze bei der Prämienverbilligung lag bei über Fr. 70’000.00. Neu wurde diese Grenze auf Fr. 57‘000.00 heruntergesetzt. Wenn man schon von Armen spricht, dann spricht man vom zweiten Betrag und nicht vom ersten. Für den Sprechenden ist dies Klassenkampf. Man muss weit in die Welt schauen gehen, um zu sehen, was Armut ist. Eine Grenze von weit über Fr. 70‘000.00 zu setzen ist keine Armut. Darum glaubt er, dass Kriens auf dem richtigen Weg ist, auch wenn man sich auf sehr dünnem Eis bewegt. Es ist nun wirklich nicht an der Zeit, wo man das Ende der Kurve endlich sieht, schon wieder mit Forderungen zu kommen.

Gemäss Franco Faé ist die Jahres-Rechnung 2017 ein Rückblick. Fazit zur Jahres-Rechnung ist, dass man ein kleineres Defizit als geplant ausweist. Grund dazu war auch, dass der Sachaufwand mit Fr. 394‘000.00 unter Budget abschliesst. Erfreulich ist, dass alle Abteilungen eine hohe Budgetdisziplin aufweisen und Kostenbewusst handeln. Mit der Entwicklung der Steuereinnahmen 2017 ist nicht nur der Einwohnerrat, sondern auch der Gemeinderat nicht zufrieden. Die Steuererträge liegen um ca. 2.8 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Erfreulich ist, dass trotzdem die Steuerkraft pro Einwohner gehalten werden konnte. Die Wachstumsannahme war offenbar zu hoch. Budgetiert wurde zwar nach den Vorgaben des Kantons, welche aber nicht erreicht wurden. Erstaunlich ist, dass die Bevölkerungszahl um 105 Personen rückläufig war. Die Prognose gemäss AFP war ein Plus von 405 Einwohnern. Gründe dafür sind der

verzögerte Bezug der neuen Liegenschaften und viele Liegenschaften sind oder werden saniert. Diese Liegenschaften weisen einen Leerbestand aus und die Personen fanden nicht alle in Kriens eine neue Wohnung. Auch bei den Gemeindesteuern aus den Vorjahren konnte das Ziel nicht erreicht werde. Es resultierte ein Minus von rund 2.9 Mio. Franken. Da steht Kriens nicht alleine da, denn praktisch alle K5 Gemeinden, ausser Horw, stellen denselben Effekt fest. Auch der Kanton machte diese Feststellung. Dank den tiefen Zinssätzen sind die Fremdkapitalzinsen um Fr. 91‘000.00 tiefer ausgefallen. Nun kommt Franco Faé zur Investitionsrechnung. Es waren für das Jahr 2017 hohe Investitionen angezeigt und in der Budgetberatung 2017 im Einwohnerrat wurden diese ohne Diskussion verabschiedet. Hauptteil davon waren das Zentrum Pilatus, das Schappe Süd und das Schulhaus Brunnmatt. Es gab aber auch solche, welche aus diversen Gründen zurückgestellt oder verschoben werden mussten. In der KFG wurden die Gründe dazu ausgeführt. Der Gemeinderat wird bei der Budgetierung nochmals ein genaueres Auge darauf werfen. Nun kommt der Sprechende zu den Chancen. Es wird nach wie vor mit Wachstum gerechnet. Die Bauten werden teilweise nun bezogen und einige werden dieses Jahr bezogen. Dies wird auch 2019 der Fall sein. Die Risiken sind, dass der Gemeinderat praktisch keinen Einfluss auf die Neubauten und deren Ausführungen hat. Es wurden keine Zahlen ausgeblendet, sondern vorliegende Fakten und Zahlen wurden beurteilt und in den Budgetunterlagen eingearbeitet. Durch Wachstum der Bevölkerung werden teilweise die Kosten wieder steigen, denn die Abrechnung, ausser bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, erfolgt zumeist über die Bevölkerungszahl. Herausforderungen wird es einige geben wie beispielsweise die Aufgaben- und Finanzreform 2018 oder die Steuervorlage 2017. Wie heute in der Neuen Luzerner Zeitung zu lesen ist, reagiert auch hier der Kanton. Momentan ist viel in Diskussion. Zurücklehnen ist bestimmt nicht angesagt. Im Gegenteil stehen grosse Herausforderungen an, welche zukünftig zu lösen sind. Nicht nur der Gemeinderat macht dies, sondern alle gemeinsam.

Rolf Schmid stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

**Detailberatung**

***Seite 16 - Gemeindesteuern***

Beat Tanner möchte etwas zu den Gemeindesteuern sagen. Das Positive nimmt er vorneweg. Er ist froh darüber, dass die Steuerkraft tendenziell zunimmt. Pro Einwohner kann mehr Geld generiert werden als vorher. Es gab zwar kein Wachstum, aber diese Kennzahl ist extrem wichtig. Sobald man darunter fällt, wie beispielsweise Emmen, hat man ein echtes Problem mit dem Wachstum. Der Sprechende hat mit der Aussage Mühe, dass die Angaben des Kantons übernommen wurden. Der Gemeinderat hat schon diverse Zahlen vom Kanton übernommen. Er erinnert an das Gemeindehaus betreffend Fr. 1‘000.00 pro Quadratmeter. Kriens muss die Zahlen selber und besser rechnen. Auch der Bezug der Wohnungen in LuzernSüd hinkt hinten nach. Von den nun bezugsbereiten Wohnungen sind bisher nur 30 % bezogen. Die restlich erstellen Wohnungen werden sicherlich auch nicht alle bezogen. Gerade gestern kam in der Rundschau wie viel Leerwohnungsbestand es in der Schweiz gibt. Woher kommen denn all diese Leute? Wahrscheinlich braucht es etwa drei Jahre, bis alle Wohnungen bezogen sind. Der Sprechende ist froh, wenn diese Steuern nicht einfach budgetiert werden, denn aus seiner Sicht ist dies nicht realistisch. Wenn die Mehreinnahmen budgetiert werden, müssen aber auch die Ausgaben und die dazugehörigen Investitionen budgetiert werden. Eine neue Infrastruktur gehört auch zum Wachstum. Beat Tanner möchte noch Informationen zu den Nachträgen der Steuern. Die ordentlichen Steuern werden so fakturiert, wie diese budgetiert wurden. Aber auch dort kann es Abweichungen geben, wenn sich das Einkommen verändert. Bei den Nachträgen erfolgt ein Jahr später die Veranlagung mit der definitiven Rechnung. Dort fällt eine Differenz an. Entweder muss man nachbezahlen oder es erfolgt eine Gut-

schrift. Es wurden satte 4 Mio. Franken budgetiert. Wie ist der Veranlagungsgrad? Wie ist die Auslastung im Steueramt? Wie viele von diesen 4 Mio. Franken kann man noch rechnen? Wurden diese 4 Mio. Franken nur eingestellt, damit das Budget genehmigt wird? Welche Faktoren gibt es noch?

Cyrill Wiget führt aus, dass das Steueramt sehr à jour ist. Der Veranlagungsstand ist hoch und liegt bei etwa 96 %. Hätte man einen tieferen Veranlagungsstand, wären die Hoffnungen auf 4.1 Mio. Franken berechtigter gewesen. Schon letztes Jahr hatte das Steueramt einen guten Veranlagungsstand, weshalb man vielleicht nicht so hoch budgetieren hätte sollen. Es ist ein Konto bei welchem es immer Veränderungen in beide Richtungen gibt. Der Gemeinderat hat den Eindruck, dass er hart genug ist beim Steuereinzug ist. Die Anzahl der laufenden Verfahren ist relativ tief. Deshalb könnte man davon ableiten, dass wenn mehr Verfahren am Laufen sind, dann gibt es mehr eintreibbare Steuern. Das sind gefährliche Läufe und darauf möchte er sich nicht einlassen. Zu diesem Thema existieren nicht mehr Recherchen. Es gibt kein Problem beim Steueramt, denn man ist à jour und die Mitarbeitenden haben keinen extremen Überzeitensaldo. Deshalb ist es nicht nötig zusätzliches Personal einzustellen.

*Anmerkung der Protokollführerin:*

*Übersicht über den Veranlagungsstand per 30. April 2018*

| | *Ist-% Gemeinde Kriens* | *Vorgabe Ist-% Kanton* | *Vorgabe Soll-% Kanton* |
|---|---|---|---|
| *SP 2016* | *97.19* | *94.38* | *97.00* |
| *SP 2015* | *99.71* | *99.51* | *99.40* |
| *SP 2014* | *99.97* | *99.88* | *99.95* |
| *SP 2013* | *99.99* | *99.92* | *99.98* |
| *SP 2012* | *100.00* | *99.99* | *99.99* |

Franco Faé hat erwähnt, dass der Kanton gewisse Zahlen vorgibt. Auch wenn man bei den Wohnungen von Bezügen und Zuzügen spricht, wurde dies selbstverständlich berücksichtigt.

Beat Tanner geht es nicht darum die Steuern hart einzuziehen. Er wollte wissen, woran es liegt. Werden die Lohnerhöhungen nicht berücksichtigt oder bringen viele Leute aufgrund der tiefen Zinsen ihre Wohnung auf Vordermann? Mit solchen Kosten können die Steuern auch optimiert werden. Wurde schon mal geschaut an was es tatsächlich liegt?

Gemäss Cyrill Wiget trägt das Steueramt sämtliche Anpassungen sofort ein, sei es bei Veränderungen der Kinderabzüge, bei Fahrkosten etc. Der einzige Verdacht ist, ob man bei der Steuerhärte eine Differenz hat oder etwas herauszuholen ist. Sonst sieht er keine Möglichkeit bei den Nachträgen an mehr Geld zu kommen. Wenn jemand eine Idee hat, darf er diese gerne mitteilen. Der Gemeinderat ist sehr darauf die Analyse im Steuerertragsbereich zu machen. Das hat ihn auch sehr überrascht. Deshalb wurde die genaue Differenzierung zwischen dem Steuersubstrat und der eigentlichen Wachstumsfrage der Neuzuzüger gemacht. Dort ist man in Verzug und man ist froh über den Lucky-Punch. Die Neuzuzüger sind trotzdem zu erwarten. Kriens hatte vor dieser regen Bautätigkeit einen Wohnungsleerbestand von 0.4 %. Deshalb durfte man schon davon ausgehen, dass diese neuen Wohnungen auch bezogen werden. Der Zeitraum kann jedoch mit keiner Garantie gesagt werden. Der Gemeinderat rechnet auch nicht damit, dass alle neu zu beziehenden Wohnungen bewohnt werden. Die

fehlenden Einnahmen der letzten 2 Jahre kommen nicht mehr dazu. Aber wenn das Wachstum trotzdem einsetzt, gibt es trotzdem einen Ertrag.

Beat Tanner glaubt, dass sie nebeneinander vorbeigesprochen haben. Es geht ihm nicht darum mehr Steuern einzukassieren. Ihn nimmt es wunder, wieso der Effekt so eingetreten ist. Optimieren die Leute ihre Steuern oder erhielten die Leute keine Lohnerhöhungen?

***Seite 24/25 - Würdigung***

Gemäss Martin Zellweger ist die Rechnung ein Blick zurück, das hat man heute mehrmals gehört. Aber manchmal gibt sie auch Anlass nach vorne zu blicken. In seiner Würdigung macht der Gemeinderat genau dies. Der Gemeinderat schreibt, dass er überzeugt ist, dass ein Teil des anvisierten Wachstums erreicht werden wird, er aber die Wachstumsprognosen im AFP 2019 - 2023 nach unten korrigieren will. Unter „Chance“ führt der Gemeinderat weiter aus, dass er optimistisch ist, dass die Steuereinnahmen steigen werden, wenn auch etwas später als geplant. Zugleich hält er fest, dass er die eingeschlagene Finanzstrategie des Einwohnerrates und des Gemeinderates weiterhin erfolgreich umsetzen wird. Der Sprechende ist sich einfach nicht mehr sicher, welche Finanzstrategie weiterhin erfolgreich umgesetzt werden soll. Dazu verwendet der Sprechende gerne wieder mal eine Grafik. Hier sieht man Ergebnisse der laufenden Rechnung gemäss AFP 2016, 2017, 2018. Wie bereits im letzten Herbst gezeigt, verschieben sich die Erträge jedes Jahr weiter nach hinten. Ein Teil der Finanzstrategie der ja offensichtlich ausgesprochen ist, ist der Wendepunkt 2018. Das scheint der einzige Fixstern in dieser dynamischen Welt zu sein und daran wird festgehalten. Was völlig unklar ist, ist was die Finanzstrategie, welche man gemäss Aussage des Gemeinderates anscheinend erfolgreich umsetzt, nach 2018 besagt: Ist es das Resultat gemäss AFP 2016, AFP 2017 oder AFP 2018? Oder besagt die Strategie einfach eine grössere Null und irgendwann dann mal Wachstum? Wieviel ist unklar. Wie auch immer, entscheidend für das Resultat und auch wahrscheinlich für das Einhalten irgendeiner Strategie sind die Steuereinnahmen. Auch hier sieht man, wie schon gezeigt, wie die Planung AFP 2016/2017/2018 das erwartete Steuerwachstum jedes Jahr wieder um ein Jahr verschiebt. Das effektive Resultat hinkt, leider auch nichts Neues, dem Plan nochmals hintendrein. Und im 2017 ist es einfach nur noch flach. Was geschieht jetzt also im AFP 2019, wenn man die drei genannten Aussagen des Gemeinderates in der Würdigung für die Planung einfügt. Erstens wird ein Teil des anvisierten Wachstums erreicht, zweitens steigen die Steuereinnahmen, wenn auch später und drittens wird der Gemeinderat im AFP 2019 die Wachstumsprognosen nach unten korrigieren. Das könnte dann wie folgt aussehen: Man nimmt im ersten Jahr nur einen Teil des avisierten Wachstums, z.B. 2.5 Mio. Franken statt 3.5 Mio. Franken. Dann steigert man das Wachstum jährlich wie im AFP 2018, einfach auch schon um ca. ein Jahr verspätet. Man reduziert das Wachstum also nicht drastisch, sondern hält die Kurve gleich steil wie im AFP 2018, einfach nach hinten geschoben. Und was bedeutet dies nun, wenn der Gemeinderat gleichzeitig die Finanzstrategie weiterführen will? Nimmt man mal an die Finanzstrategie wäre einfach ab 2018 ein positives Resultat und den AFP 2018 als Referenz, dann müsste Kriens im 2018 ein Plus von Fr. 13‘000.00, im 2019 ein Plus von Fr. 142‘000.00 etc. erreichen. Es erfolgt also immer noch kein Schuldenabbau. Und was muss man machen, wenn die Steuererträge jetzt gemäss seinen vorherigen Ausführungen prognostiziert werden? Genau, Kriens muss sparen oder sonst wie hier beispielsweise 4 Mio. Franken oder im 2019 sogar 4.5 Mio. Franken herzaubern. In seiner Motion vor 12 Monaten hat er genau diese Hypothese aufgestellt und frühzeitiges nicht optimistisches Handeln gefordert. Es wurde im Bericht vom Gemeinderat des Langen und Breiten aufgezeigt, dass dies unmöglich ist. Jetzt ist der Sprechende sehr gespannt, wie der Gemeinderat an seinen in dieser Würdigung ausgesprochenen und von den beispielhaft aufgezeigten Plänen festhalten will. Die SVP-Fraktion geht fest davon aus, dass der Gemeinderat diesen eigenen Aussagen folgen wird. Auch wenn im Ertrag in den nächsten Jahren nur Fast-

Nullen stehen. Eigentlich würde die Finanzstrategie ab 2019 ja mehr erwarten, nämlich Schuldenabbau.

***Seite 38 - Nachtragskredite 2017***

Judith Luthiger-Senn kommt auf die Frage beim Eintreten betreffend Nachtragskredite zurück. Den Aufgabenbereich der Tagesstrukturen hat das Bildungs- und Kulturdepartement im September 2016 übernommen. Es war ein Anliegen zuerst mit allen Beteiligten zu sprechen und abzuholen, ob sie bereit sind auf den Prozess einzugehen. Erst danach wurde beim Gemeinderat wegen einer professionellen Begleitung angefragt. Diese Begleitung hat halt auch etwas gekostet. Zu diesem Zeitpunkt war das Budget schon fertig erstellt. Die zweite Frage betrifft die Planung des Umzuges der Ludothek. Im Frühling wurde der neue Mietvertrag zugestellt und kurz darauf folgte die Kündigung, weil die Luzerner Psychiatrie dringendst Plätze braucht. Man versuchte die Kündigung anzufechten und konnte es etwas hinauszögern. Dann musste man sofort auf die Suche nach neuen Räumlichkeiten gehen. Auch zu diesem Zeitpunkt war die Budgetierung bereits schon abgeschlossen.

***Seite 104/105 - Konto 581.00***

Lothar Sidler nimmt Stellung zum Votum von Roger Erni betreffend Konto 581.00. Er sagte, dass die WSH bald ein Gesamtvolumen von 20 Mio. Franken hat. Wenn man das Zahlenmaterial anschaut, könnte dies schon fast richtig sein, ist es aber nicht. Die Abrechnung der WSH ist massgebend. Die aufgeführten Aufwände und Einnahmen sind Bruttobeträge. Die Beträge kommen wie folgt zu Stande: Wenn jemand WSH beantragt, wird zuerst gerechnet. Zuerst wird gerechnet, wie viel die Person zu Gute hat. Eine 4-köpfige Familie erhält Fr. 1‘600.00 für die Miete und Fr. 2‘400.00 als Grundbetrag was total Fr. 4‘000.00 ausmacht. Wird auf der anderen Seite ein Einkommen von Fr. 3‘000.00 festgestellt, erhält er netto ausbezahlt Fr. 1‘000.00. Trotzdem werden auf der Ausgabenseite Fr. 4‘000.00 eingebucht und auf der Einnahmenseite Fr. 3‘000.00. So kommen diese Beträge zu Stande. Es ist nicht so, dass der Gesamtbetrag tatsächlich so ausgegeben wird. Ausbezahlt wird deutlich weniger, nämlich der Nettobetrag. Weiter monierte Roger Erni, dass Fr. 200‘000.00 mehr für die WSH ausgegeben wurden. Der KBSG wurde ein Dossier ausgeteilt, worin die Ausführungen dazu ersichtlich sind. Bei der Ausgabeseite wurden etwa Fr. 600‘000.00 weniger ausgegeben als letztes Jahr. Das Problem ist, dass man auf der Einnahmeseite Fr. 800‘000.00 weniger eingenommen hat. Das ergibt die Differenz von Fr. 200‘000.00, welche nun als Mehrkosten ausgewiesen werden. Es zeigt, dass die Gemeinde sehr sorgsam mit dem Geld umgeht.

Guido Solari liest den ***Beschlussestext*** vor:

1. *Die Jahresrechnung 2017, umfassend die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bestandesrechnung per 31. Dezember 2017, wird wie folgt genehmigt:*

| | | |
|---|---|---|
| ***Laufende Rechnung*** | | |
| *Gesamtertrag* | *Fr.* | *190'456‘960.21* |
| *Gesamtaufwand* | *Fr.* | *190'761‘516.41* |
| *Aufwandüberschuss* | *Fr.* | *304‘556.20* |
| ***Investitionsrechnung*** | | |
| *Einnahmen* | *Fr.* | *6‘559‘300.20* |
| *Ausgaben* | *Fr.* | *32‘531‘602.30* |
| *Nettoinvestitionen* | *Fr.* | *25‘972‘302.10* |

***Bestandesrechnung per 31.12.2017***
*Aktiven und Passiven* *Fr. 318‘529‘029.86*

*2. Der Jahresbericht 2017 des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 112/18:**
Der Beschlussestext wird mit 24:0 Stimmen genehmigt.

| | |
|---|---|
| Binggeli, Michèle | ja |
| Büchi, Cla | ja |
| Burkhardt-Künzler, Anita | ja |
| Camenisch, Räto | ja |
| Erni, Roger | ja |
| Estermann, Yvette | ja |
| Fluder, Hans | ja |
| Gisler, Kurt | ja |
| Graf, Alfons | ja |
| Kobi, Tomas | ja |
| Koch, Patrick | ja |
| Lammer, Thomas | ja |
| Mathis-Wicki, Judith | ja |
| Nyfeler, Nicole | ja |
| Portmann, Michael | ja |
| Rösch, Daniel | ja |
| Schwarz, Erwin | ja |
| Sigg, Leo | ja |
| Spörri, Raphael | ja |
| Tanner, Beat | ja |
| Tschümperlin, Erich | ja |
| Vonesch, Andreas | ja |
| Wendelspiess, Ursula | ja |
| Zellweger, Martin | ja |

## 4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Mülirain, 2. Lesung Verkauf Grundstück Nr. 711 GB Kriens (Areal Mülirain) Baukredit Verkabelung Hochspannungsleitung Nr. 059/17

Rolf Schmid begrüsst als Sachverständigen betreffend Kaufvertrag Guido Solari. Da es sich um die 2. Lesung handelt, ist das Eintreten unbestritten. Der Kaufvertrag wurde am 22. Mai 2018 unter Vorbehalt der Zustimmung des Einwohnerrates mit der Münigen Immobilien AG abgeschlossen.

Gemäss Martin Zellweger konnte die Diskussion dieses Antrags in der KFG in der vergangenen Sitzung relativ kurz gehalten werden. Mit der 2. Lesung im Einwohnerrat steht der Erlass des Bebauungsplans, die Genehmigung des Verkaufsvertrags sowie die Bewilligung des Kredits für die Verlegung der Starkstrom-Freileitung an. Grundsätzlich wurden diesbezüglich nicht gross weitere Details diskutiert. Es wurde grundsätzlich mit Genugtuung festgestellt, dass der Gemeinderat gut verhandelt hat und sich letztendlich mit einem Käufer auf einen angemessenen Preis einigen konnte. Die Reduktion des Kaufpreises durch die Kosten für die Verlegung der Leitung führen letztendlich mit etwas über 7 Mio. Franken zu dem Betrag, welcher ursprünglich vor einigen Jahren für diese Desinvestition vorgesehen war. Grundsätzlich hätten alle Fraktionen gerne einen höheren Betrag gesehen. Angesichts der bereits verzögerten

Desinvestition gegenüber der ursprünglichen 4-Säulen-Planung und der limitierten Auswahl an möglichen Käufern darf man jedoch mit dem Betrag zufrieden sein. Entsprechend sind dann natürlich die Erwartungen an die Desinvestition Bosmatt, welche nach wie vor ansteht und ebenfalls Teil der 4-Säulen-Strategie ist und damit für die Finanzierung der Zentrumsbauten gedacht ist. Ebenso erfreut zur Kenntnis genommen hat die KFG, dass sämtliche Einsprachen gütlich erledigt werden konnten. So können jetzt die nächsten Schritte und Fristen eingehalten werden. Die KFG hat dem Beschlussestext einstimmig zugestimmt, in Annahme natürlich, dass der Vertragspartner im Text entsprechend des Vertrages noch angepasst wird. Inzwischen wurde der Vertrag auch unterschrieben. Zu diesem Abschluss gratuliert der Sprechende dem Gemeinderat.

In der KBVU war laut Thomas Lammer das Geschäft unbestritten und wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Einzig gab es Fragen zur Hochspannungsleitung und einer allfälligen Kostenbeteiligung von privaten Grundeigentümern. Da es dafür aber keine gesetzliche Pflicht gibt, wollte auch niemand einen freiwilligen Beitrag leisten. Ebenfalls wurde angeregt, dass künftig Änderungen der Sonderbauvorschriften im Hinblick auf die 2. Lesung farblich zu markieren sind, damit die Lesbarkeit verbessert wird. Weiter wurde auch über die Desinvestition Bosmatt diskutiert. Man befürchtet, dass der anvisierte Verkaufserlös dieser beiden Grundstücke von gesamthaft 18 Mio. Franken nicht erreicht werden kann. Die KBVU dankt dem Gemeinderat für die ausgezeichnete Vorbereitung dieses Geschäftes und gratuliert zum erfolgreichen Abschluss.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat gemäss Andreas Vonesch dem B+A bereits anlässlich der 1. Lesung zugestimmt und wird dies auch heute tun. Damals hat sie das sorgfältig erarbeitete Projekt, welches sich sehr gut in die Umgebung einbettet und zu ihr Sorge trägt, hervorgehoben. Auch die architektonische Qualität des Siegerprojektes hat überzeugt. Nun hat auch der Kanton im Vorprüfungsverfahren Stellung bezogen. Die bemängelten Punkte wurden durch die Gemeinde bereinigt. Ebenso konnten die Einsprachen erledigt werden. Im Votum zur ersten Lesung äusserte sich die CVP/JCVP-Fraktion dahingehend, dass sie einen guten Verkaufserlös erwartet. Bei der Ankündigung von einem Netto-Gewinn von knapp 7 Mio. Franken ist sie im ersten Moment doch eher negativ überrascht worden. Ehrlich gesagt, hätte man sich mehr erhofft. Es ist aber klar, dass es sich um recht schwieriges Bauland an einer steilen Lage handelt, und dass die Übernahme einer Architekturverpflichtung für den Investor eine allfällige Einschränkung darstellen kann. Im Zusammenhang mit der Desinvestition der Areale Mülirain und Bosmatt wurde immer wieder der Gesamtbetrag von 18 Mio. Franken kommuniziert. Dieser setzt sich anscheinend genau aus den 7 Mio. Franken für das Areal Mülirain und 11 Mio. Franken für das Areal Bosmatt zusammen. Das heisst, man ist sozusagen auf Kurs. Der Gemeinderat steht aber in der Pflicht, dass sich wirklich ein Verkaufspreis von 11 Mio. Franken für die Bosmatt realisieren lässt. Auch hat die CVP/JCVP-Fraktion über die Verlegung der Hochspannungsleitung und deren Preis diskutiert. Sie hofft einfach, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, das bestmögliche Verhandlungsergebnis zu erzielen. Für die Bebauung Mülirain ist die Verkabelung sowieso unerlässlich. Erfreulich ist aber auch die Aufwertung des Quartiers Feldmühle und Eichenspes. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit der Realisierung der Überbauung Mülirain attraktiver Wohnraum entsteht, der gute Steuerzahler nach Kriens bringt.

Patrick Koch führt aus, dass die SVP-Fraktion besorgt ist, dass das Ziel von 18 Mio. Franken Gesamtertrag aus der Desinvestition der Areale Mülirain und Bosmatt möglicherweise nicht erreicht wird. Nachdem sich der Gemeinderat mit den Kosten der Zentrumsplanung schon verrechnet hat, droht hier neues Ungemach. Die Kumulation von einer viel teureren Zentrumsplanung und einem tieferen Erlös für die Desinvestitionen kann sich Kriens nicht leisten.

Die Ausschreibung Mülirain war ernüchternd. Es bleibt gerade mal ein Nettoertrag von 7 Mio. Franken. Ihrer Meinung nach muss dringend überdacht werden, ob die Bosmatt der richtige Ort für gemeinnützigen Wohnungsbau ist. In der näheren Umgebung finden sich schon sehr viele Genossenschaftswohnungen. Die gemeinnützigen Vermieter bekunden immer mehr Mühe diese zu vermieten. Zudem wird im Mattenhof und Schweighof kräftig gebaut. Wie man der Presse entnehmen konnte, stehen viele Mietwohnungen noch leer und werden auch in absehbarer Zeit leer bleiben. In Kriens besteht mittelfristig ein Überhang an Mietwohnungen. Aus diesen Überlegungen ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass auf der Bosmatt Eigentumswohnungen entstehen sollten. Diese prächtige Lage mit toller Aussicht, Ruhe und Schulhausnähe eignet sich bestens dazu. Eigentumswohnungen ziehen denn auch eher Neuzuzüger nach Kriens. Mit der 1. Lesung Bebauungsplan Bosmatt erwartet sie eine Auslegeordnung der verschiedenen Möglichkeiten des Landverkaufes und deren Vor- und Nachteile. Gemeint sind damit z.B. Landverkauf, Abgabe im Baurecht oder Abgabe von einzelnen Baufeldern etc.

Die FDP-Fraktion findet laut Thomas Lammer, dass der Gemeinderat alles richtig gemacht hat. Sie ist aus folgenden Gründen über den vorliegenden B+A erfreut: Die Desinvestitionen sind ein Teil der 4-Säulen-Strategie. Mit dem vorliegenden Verkauf des Grundstücks Mülirain kann damit ein Puzzle-Stein eingesetzt werden. Es sollen weitere mit der Bosmatt folgen. Der Verkaufserlös nach Abzügen entspricht 7 Mio. Franken und entspricht exakt dem prognostizierten Betrag. Die FDP-Fraktion gratuliert dem Gemeinderat für die gut geführten Verhandlungen. Der Preis scheint in diesem nicht einfach bebaubaren Gelände angemessen. Das Projekt überzeugt insgesamt auch neben der konzeptionellen Umsetzung auch bezüglich der Einbettung in die Landschaft und Nachbarschaft. Attraktiver wird das Ganze durch die Verlegung der Hochspannungsleitung in den Boden. Als Folge der vorangehenden Ausführung zur Qualität des Projektes, gab es nur eine Einsprache, die gütlich erledigt werden konnte. Die FDP-Fraktion zeigt sich erfreut, dass Eigentumswohnungen geschaffen werden. Insbesondere in LuzernSüd entstehen zurzeit sehr viele Mietwohnungen. Ein Mix von Eigentums- und Mietwohnungen erachtet sie als sinnvoll und nötig. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem vorliegenden B+A einstimmig zustimmen. Damit die avisierte Gesamtsumme von 18 Mio. Franken der Desinvestitionen gelöst werden kann, erachtet sie eine Realisierung von Wohneigentum in der Bosmatt als sinnvoll, weil diese Lage durchaus attraktiv ist.

Gemäss Cla Büchi stimmt die SP-Fraktion dem B+A zu und ist erfreut, dass man nun einen Käufer gefunden hat. Ebenfalls freut sie, dass jetzt das aus dem Wettbewerb erkorene Siegerprojekt umgesetzt wird. Sie begrüsst auch nach wie vor, dass der Gemeinderat für die Bebauung ein Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben hat. Ob ein solches die Gemeinde selbst durchführt oder als Auflage dem Käufer auferlegt, kommt nicht darauf an, denn für sie ist beides möglich. Zukünftig wird die SP-Fraktion aber verlangen, dass gemeindeeigene Grundstücke im Baurecht abgegeben werden. Betreffend Verlegung der Hochspannungsleitung bedauert sie es, dass die ebenso betroffenen wie profitierenden Grundeigentümer nichts an die Kosten zahlen. Dann hat der Sprechende noch eine Frage an den Gemeinderat. Ihnen ist zu Ohren gekommen, dass die CKW plant, die nun zu verlegende Hochspannungsleitung in den nächsten Jahren aufzuheben. Ist dem so? Lohnt sich eine Verlegung und Kostenübernahme von mehr als einer ¾ Mio. Franken überhaupt, wenn die Leitung tatsächlich stillgelegt wird?

Die Grüne/GLP-Fraktion hatte gemäss Tomas Kobi den Bebauungsplan Mülirain bereits in der ersten Lesung begrüsst, genauso wie die Verlegung der Hochspannungsleitung. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Etwas geärgert hat sie damals nur, dass der Vorprüfungsbericht des BUWD gefehlt hatte. Dieser liegt aber inzwischen auch vor und hat zu kleinen Änderungen im B+A geführt. Dabei handelt es sich aber wirklich nur um geringfügige Anpassungen bei den Sonderbauvorschriften. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist der Bebauungsplan Mülirain

ein gutes Beispiel für die Planung und Gestaltung von Landverkäufen durch die Gemeinde. Dies widerspiegelt sich in verschiedenen Punkten. Zuerst schon einmal darin, dass wie gerade gesagt, nur noch kleine Anpassungen an den Sonderbauvorschriften vorgenommen werden mussten. Diese wurden sorgfältig ausgearbeitet. Daneben vermag auch das architektonische Konzept zu überzeugen. Die Bebauung betet sich gut in das Landschaftsbild ein und weist einen grossen Grünflächenanteil auf. Zudem wird der öffentliche Weg an der Ostgrenze des Grundstücks erhalten und der angrenzende Freiraum soll daran angebunden werden. Schliesslich hat sich der Gemeinderat geschickt in den Verhandlungen mit dem Investor gezeigt. Obwohl nur ein Investor Interesse an dem Grundstück gezeigt hat, konnte das ursprüngliche Gebot von 6.3 Mio. Franken auf 8.1 Mio. Franken verbessert werden. Damit wurden die rund 7 Mio. Franken übertroffen, die beim Beschluss der Desinvestition erhofft wurden. Sodann konnten die beiden eingegangen Einsprachen ohne gerichtliches Verfahren erledigt werden. Der Bebauungsplan Mülirain vermag die Grüne/GLP-Fraktion also durchwegs zu überzeugen. Sie wird dem B+A deshalb zustimmen. Gesagt sei an dieser Stelle einfach noch, dass mit der Genehmigung des Bebauungsplans, sollte dem B+A heute zugestimmt werden, die Arbeit für den Gemeinderat noch nicht erledigt ist. Es ist wichtig, dass das anschliessende Bauprojekt den Bebauungsplan möglichst gut umsetzt, damit die oben genannten positiven Punkte dereinst auch wirklich zu Tage treten.

Alfons Graf ist der Meinung, dass man die geplante Überbauung Mülirain durchwegs auch kritisch betrachten muss. Die Hochspannungsleitung vom Untersenti bis Mülirain wird in den Boden verleget. Die Gemeinde Kriens beteiligt sich an diesen Kosten mit Fr. 800‘000.00. Er hat gehört, dass diese Leitung eventuell nach einigen Jahren sogar ganz verschwindet. Wenn das tatsächlich so kommt, hat die Gemeinde viel Geld in den Sand gesteckt. Der Sprechende hat mit den Verantwortlichen von der CKW telefoniert. Ihre diesbezügliche Strategie ist unsicher. Sie sagten, dass es durchaus so kommen könnte, dass diese Leitung einmal nicht mehr gebraucht wird. Im Kuonimattquartier entstehen in Kürze 10‘000 bis 15‘000 neue Wohnungen. Auf dem Andritz Areal sind 450 Wohnungen geplant. An der Luzernerstrasse und im Zentrum wird gebaut, wo ebenfalls neue Wohnungen und Büroräume entstehen. Die Frage ist berechtigt: Können diese Wohnungen je besetzt werden oder stehen sie viele Jahre leer? Zurzeit sind in der Schweiz 64‘000 Wohnungen leer. Und jetzt sollen im Mülirain ca. 35 Luxus-Wohnungen entstehen, an einer Hanglage in der das Bauen nicht so einfach ist. Das heisst auch, dass ca. 70 Autos mehr Richtung Sonnenberg unterwegs sein werden. Der Druck mit dieser geplanten Überbauung wird auf das Naherholungsgebiet Sonnenberg weiter zunehmen. Hecken und Unterstände für die Tiere verschwinden. Die Natur mit ihrem Wildbestand wird weiter zurück gedrängt. Da macht Alfons Graf als Naturliebhaber nicht mehr mit. Bauen, bauen, bauen und nochmals bauen. Nur die Strassen in Kriens sind seit Jahrzehnten gleich. Sie können den Verkehr schon lange nicht mehr bewältigen. Ja es sind jetzt schon Zustände, welche nicht mehr tragbar sind. So lange das Verkehrsproblem nicht gelöst ist, so lange dürfte seiner Ansicht nach nicht mehr gebaut werden. Der Gemeinderat muss endlich zusammen mit dem Kanton ein Projekt planen, bei dem der Durchgangsverkehr Kriens umfahren wird oder in einem Tunnel verschwindet. Der Gemeinderat soll endlich die Hände aus dem Hosensack nehmen und die Planung vorantreiben. Andere Gemeinden sind Kriens da schon Meilenweit voraus. Mit dem geplanten zukünftigen Verkehrskonzept wird das Problem nicht gelöst, sondern es wird nur noch schlimmer. Die SVP-Fraktion ist da anderer Meinung. Alfons Graf macht da nicht mehr mit und wird den B+A Bebauungsplan Mülirain ablehnen. Er wird auch weitere Bauprojekte ablehnen, bis endlich eine Verkehrslösung präsentiert wird, die auch für den Individualverkehr tragbar ist.

Matthias Senn dankt für die breite Zustimmung. Bei der Verlegung der Leitung hat es gemäss CKW Verzögerungen gegeben, da sie sich intensiv mit der Strategie befasst haben. Es braucht aber auch noch ein paar Bedingungen, bei denen die EWL auch mitmachen muss.

Bei der heutigen Strategie ist nicht gesichert, ob diese tatsächlich so kommt. Bei dieser Frage gibt es einen entscheidenden Punkt. Wenn die CKW sich so sicher ist, dass die Leitung in eine paar Jahren entfernt wird, wäre sie sicher nicht bereit Fr. 800‘000.00 zu investieren. Die CKW und die Gemeinde bezahlen je die Hälfte. Für die Gemeinde ist es ein Glücksfall, wenn die Verlegung jetzt erledigt werden kann. Selbstverständlich wäre es toll, wenn diese Leitung einmal komplett entfernt wird. Der Sprechende kommt zur Frage, ob diese Wohnungen überhaupt gekauft werden. Der Investor hat beim ersten Angebot mit einem institutionellen Anleger gerechnet, bei dem es auch Mietwohnungen gegeben hätte. Da es nun Eigentumswohnungen werden, konnte das Angebot gehoben werden. Die ca. 1‘000 neuen Wohnungen in Luzern-Süd sind ausschliesslich Mietwohnungen. Es stehen Investoren dahinter, die eine Verzinsung ihres Kapitals gebrauchen. Deshalb ist es wichtig, dass auch Eigentumswohnungen entstehen. Der Investor stellte fest, dass er mit Eigentumswohnungen einen höheren Ertrag erzielen kann und er deshalb das Angebot erhöhen kann. Der Sprechende denkt nicht, dass diese 30 Wohnungen entscheidend sind, dass das Verkehrsproblem gelöst wird. Am 13. Juni 2018 findet im Schappe Saal die Information bezüglich Änderung des K4-Projektes statt. Nach den Sommerferien erfolgt die öffentliche Auflage. Man hofft, dass dies nun die letzte öffentliche Auflage ist und die Realisierung dann auch angegangen werden kann. Selbstverständlich ist sich der Gemeinderat bewusst, dass es bei der Bosmatt anderes politisches Diskussionspotential gibt. Matthias Senn bedankt sich nochmals für die breite Anerkennung des Projektes Mülirain.

**Detailberatung**

*Es erfolgten keine Wortmeldungen.*

Guido Solari liest den ***Beschlussestext*** vor:

1. *Der Bebauungsplan Mülirain, umfassend den Bebauungsplan 1 : 500 sowie die Sonderbauvorschriften zum Bebauungsplan vom Juli 2017, wird festgesetzt.*
2. *Für die Verkabelung der 110-kV-Leitung von Undersänti bis Underzumhof wird ein Kredit von Fr. 814‘000.00 inkl. MwSt. bewilligt.*
3. *Der öffentlich beurkundete Kaufvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Kriens und der Münigen Immobilien AG über den Verkauf des Grundstückes Nr. 711 GB Kriens (Areal Mülirain) zu einem Preis von Fr. 8‘100‘000.00 wird genehmigt.*
4. *Der Bebauungsplan Mülirain ist dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.*
5. *Ziffer 1 und 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.*
6. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 059/17:**
Der Beschlussestext wird mit 22:2 Stimmen genehmigt.

| | |
|---|---|
| Binggeli, Michèle | ja |
| Büchi, Cla | ja |
| Burkhardt-Künzler, Anita | ja |
| Camenisch, Räto | ja |
| Erni, Roger | ja |
| Estermann, Yvette | nein |
| Fluder, Hans | ja |
| Gisler, Kurt | ja |

| | |
|---|---|
| Graf, Alfons | nein |
| Kobi, Tomas | ja |
| Koch, Patrick | ja |
| Lammer, Thomas | ja |
| Mathis-Wicki, Judith | ja |
| Nyfeler, Nicole | ja |
| Portmann, Michael | ja |
| Rösch, Daniel | ja |
| Schwarz, Erwin | ja |
| Sigg, Leo | ja |
| Spörri, Raphael | ja |
| Tanner, Beat | ja |
| Tschümperlin, Erich | ja |
| Vonesch, Andreas | ja |
| Wendelspiess, Ursula | ja |
| Zellweger, Martin | ja |

## 4a. Dringliches Postulat Burkhardt: Potentialanalyse beim Bypass – Verbindlichkeit schaffen! Nr. 126/18

Cyrill Wiget führt aus, dass der Gemeinderat bereit ist das Postulat zu überweisen.

Rolf Schmid stellt fest, dass der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats ist. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

## 5. Beantwortung Interpellation Ercolani: Parkplätze von Krienser Ladengeschäfte Nr. 099/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Thomas Lammer wünscht im Namen von Enrico Ercolani keine Diskussion.

## 6. Beantwortung Interpellation Ercolani: Krienser Schloss Nr. 100/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt die Vertretung des Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Beat Tanner wünscht als Vertretung des Interpellanten eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beat Tanner dankt im Namen von Enrico Ercolani für die Beantwortung der Fragen. Aus verständlichen Gründen, konnten nicht alle Fragen abschliessend beantwortet werden. Enrico Ercolani ist überzeugt, dass ein Lifteinbau ein erheblicher Beitrag für eine bessere Nutzung des Schlosses ist. Parallel dazu ist auch ein erschlossener Schlossgarten für Menschen mit Handicap für die Nutzung förderlich. Er bittet den Gemeinderat innerhalb eines Jahres ein Nutzungskonzept auszuarbeiten, dass nebst dem Lifteinbau und einer Nottreppe auch ein Dachausbau und Erschliessung des Schlossgartens für Menschen mit Handicap beinhaltet. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass diese Kosten auch von einer Stiftung fremdfinanziert werden könnten. Sie wäre froh, wenn der Gemeinderat dies klären könnte und auf Geldsuche geht.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, hat der Einwohnerrat verschiedentlich über das Krienser Wahrzeichen, das Krienser Schlössli, debattiert. So insbesondere auch an der letzten Sitzung, als die Interpellation von Bruno Bienz behandelt wurde. Der Gemeinderat hat ein Konzept mit einem Massnahmenplan vorgelegt. Der Einwohnerrat war sich einig, dass man aus diesem Juwel mehr herausholen kann, dass man seine Attraktivität für die Bevölkerung und auch für Besucher steigern kann. Dies zum Beispiel in der Vermarktung, mit der Öffnung und Zugänglichkeit insbesondere der Aussenanlagen oder auch durch eine Aktivierung von Veranstaltungs- und Kulturprogrammen. Die CVP/JCVP-Fraktion hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass das Schloss Schauensee bedingt durch seine Lage und Bauweise wohl kaum für den grossen Tourismus geeignet ist. Der Interpellant stellt Fragen zu Nutzungs- und Umbaumöglichkeiten vom Schloss Schauensee. Insbesondere regt er an, den Einbau eines Liftes zu prüfen. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist der Lifteinbau keine Option. Folgende Überlegungen haben dazu geführt. Der Einbau eines Liftes ändert nichts an der Belegungszahl von heute 50 Personen. Der Lift ist in einem Brandfall kein Rettungsweg. Ein zweiter Rettungsweg wurde im Jahr 2009 als einzige mögliche Variante durch einen sogenannten Rettungsschlauch geschaffen, der im Notfall ausklappbar ist und an der Schlossfassade hinunterhängt. Eine Benutzung ist durch handicapierte Personen jedoch schwierig. Der Einsatz des Schlauches kann nur durch anwesendes und geschultes Personal erfolgen. Dank dieses Schlauches konnte verhindert werden, dass die Belegungszahl um fast die Hälfte hätte reduziert werden sollen. Sämtliche Varianten eines 2. Rettungsweges z.B. durch eine Nottreppe an der Fassade wurden damals durch die Gemeinde, von der Denkmalpflege und der Gebäudeversicherung aus denkmalschützerischen Überlegungen, aber auch aus den sehr hohen Kostengründen verworfen. Der Sprechende meint, dass dies auch heute noch seine Gültigkeit hat. Und auch wenn dem nicht so wäre, will man wirklich beispielsweise eine Stahltreppe, die von welcher Seite man das Schloss auch betrachtet, den Anblick verschandelt? Bringt dies wirklich einen erhofften Mehrwert? Der Einbau eines Liftes im Turm mit, wenn überhaupt möglich, innenliegender Nottreppe hätte massive bauliche und organisatorische Veränderungen zur Folge, welche wahrscheinlich den ganzen inneren Schlosscharakter verändern würden. Auch sogenannte Treppenlifte würden das „Bild“ des Treppenaufgangs massgeblich verändern, ohne dass man damit einen wirklich grossen erkennbaren Mehrwert hat. Das Schloss generiert pro Jahr ca. Fr. 50‘000.00 Einnahmen. Sicher können diese mit der Umsetzung aus dem Massnahmenplan gesteigert werden. Die zu erwartenden Einnahmen liegen aber in keinem Verhältnis zu den Planungs- und Investitionskosten. Die CVP/JCVP-Fraktion ist deshalb klar der Meinung, dass ein Lifteinbau ein absolutes „nice to have“ ist. Das Schloss-Juwel soll aber „klein aber fein“ sein und bleiben. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst aber eine schnelle

Umsetzung von verschiedenen Massnahmen, welche die Schlossliegenschaft attraktiveren, wie zum Beispiel die Umgestaltung und Nutzung des Gartens.

Für Räto Camenisch, SVP-Fraktion, ist das Schlössli ein Kleinod. Es steckt eine Geschichte dahinter und das Volk wollte es erhalten. Irgendwie ist dies ein Identifikationsfall. Er weiss nicht, ob man hier einfach nur Rendite Gedanken haben muss, wenn man etwas hineinstecken möchte. Muss sich die Investition auszahlen? Es ist wie wenn ein Denkmal aufgestellt wird, zahlt sich diese Investition auch nicht gleich aus. Ohne Lift ist das Schlössli leider nicht richtig benutzbar. Stellt man sich eine Tauf- oder Hochzeitsgesellschaft vor und nur eine Person davon kann nicht zu Fuss nach oben, dann fällt das Schlössli als Lokalität schon weg. Eine Feuerwehrlösung mit einem Schlauch ist ein unmögliches Ding. Dies mag formell gehen, aber es braucht geschultes Personal. Ob dieses immer anwesend ist, ist eine andere Frage. Das ist keine Lösung für eine solche Baute. Auch andere Gebäude haben Nottreppen. Räto Camenisch fragt sich, ob der Heimatschutz oder der Schutz von Personen bei Feuer wichtiger ist. Der Einbau einer Nottreppe sollte nochmals geprüft werden. Der Lift kann auf verschiedene Arten eingebaut werden. Der Gemeinderat schreibt, dass es Fr. 30‘000.00 für die Abklärung braucht. Wenn man einen Lift im Turm einbauen will, dann wird dies sehr teuer. Das ist klar. Man könnte jedoch auch einen Treppenlift machen, denn dafür braucht es keine Evaluationskosten. Es braucht nur eine Offerte von Firmen. Der Treppenlift kann auch wieder demontiert werden und verändert die Bausubstanz des Schlosses nicht. In dieser Geschichte wurde seines Erachtens noch nicht alles zu Ende gedacht. Mittelfristig sollte der Gemeinderat bereit sein für das Schlössli etwas Geld in die Hand zu nehmen, um etwas herausholen zu können. Es muss nicht unbedingt eine Investition sein, welche sich lohnt. Aber man muss länger denken und der Sprechende hofft, dass das Schlössli auch noch in 30 und 50 Jahren attraktiv ist. Was interessiert jemand in 20 oder 30 Jahren, ob man hier Fr. 200‘000.00 - Fr. 400‘000.00 mehr ausgegeben hat, entgegen aller Finanzsorgen. Die SVP-Fraktion ist sicher die letzte, welche unnötige Ausgaben beschliessen will. Hier muss man einmal grosszügig denken und vor allem auch für die Gemeinde Kriens.

Raphael Spörri übernimmt das Votum von seinem SP-Fraktions-Gspändli Yasikaran Manoharan. An der vergangenen Einwohnerratssitzung wurde umfangreich über die Konzepte und Massnahmen zum Schloss Schauensee inkl. den Einbau eines Liftes im Turm diskutiert. Das Krienser Wahrzeichen soll auch aus Sicht der SP-Fraktion möglichst vielen Besuchern offen stehen und erlebbar gemacht werden. Dass die Räumlichkeiten mit einem Rollstuhl nicht zugänglich sind, ist durchaus bedauerlich. Die Lösung dazu hört sich ziemlich einfach an: Der Einbau eines hydraulischen Liftes im Turm soll die Lösung bringen. Der Einbau ist zwar technisch möglich, jedoch bringt sie einige Probleme mit sich. Die Nottreppe müsste ausserhalb des Turmes angeordnet sein. Die WC-Anlage der Herren, sowie Teile der Küche müssten für den Lift umstrukturiert werden. Das sind alles lösbare Probleme. Jedoch sind bei solch einem historischen Bau die Türschwellen zu berücksichtigen, die angepasst werden müssten. Zudem entsprechen viele Gänge nicht den Minimalbreiten, die das Drehen und Wenden mit dem Rollstuhl ermöglichen. Dies sind die Probleme, welche schwierig zu lösen sein werden. Und dennoch wird die SP-Fraktion eine Prüfung zum Einbau eines Liftes trotz den vielen Erschwernissen unterstützen. Sie erachtet es als wichtig, dass auch Menschen mit Beeinträchtigung das Schlössli im Rahmen des Gesetzlichen und aus denkmalschützerischer Sicht Möglichen auch nutzen können. Es wäre schon ein Erfolg, wenn der Garten rollstuhltauglich und das EG durch ein Rollstuhllift erreichbar wäre. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen und hofft nach wie vor, dass viele der Massnahmen zur Aufwertung des Schlosses Schauensee umgesetzt werden.

Erich Tschümperlin dankt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Gemeinderat für seine Antworten. Für sie ist aber auch ohne Interpellation klar, dass ein Einbau eines Liftes finanziell und auch für die historische Substanz des Schlosses ein No-Go ist. Ein solcher Umbau wäre ein massiver Eingriff an der Substanz des Schlosses. Dazu könnte die Grüne/GLP-Fraktion nicht ja sagen. Auch finanziell wäre ein solches Projekt nicht verantwortbar. Klar, wäre es richtig, wenn das Schloss behindertengerecht ausgebaut werden könnte. Aber nicht um jeden Preis. Die Realität sieht nun mal anders aus. Daher wäre es umso wichtiger, den Saal im Eingangsbereich behindertengerecht zu gestalten. Wie schon das letzte Mal besprochen, hätte der Garten grosses Potential für eine positive Entwicklung. Dieser könnte auch ohne Probleme behindertengerecht ausgebaut werden. Die Grüne/GLP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Fokus auf den Garten gelegt werden muss. Die Kosten sind überschaubar und ergeben einen positiven Mehrwert, die über Mietzinseinnahmen wieder hereingeholt werden könnten. Ein Projekt Lift im Schloss Schauensee mit historischer Substanz ist ein Fass ohne Boden. Nur schon die Unterhalts- und Amortisationskostenkosten für einen Lift sind in keinem Verhältnis zu den möglichen Mietzinseinnahmen. Auch wenn er Räto Camenisch Recht gibt, dass man nicht jeden Franken und Rappen rechnen muss. Zudem möchte sie, dass möglichst alle Krienser und Krienserinnen die Möglichkeit haben, das Schloss zu benutzen. Wenn der Mietzins erhöht würde, ist das sicher nicht mehr der Fall. Daher soll man die Finger von der historischen Substanz des Schlosses Schauensee lassen und einen märchenhaften Schlossgarten für alle Bewohner und Bewohnerinnen von Kriens realisieren. Er denkt auch nicht, dass es mit dem Lift eine markante Zunahme gibt, denn die Anzahl von 50 Personen ist gegeben. Auch die Evakuation muss ohne Lift geregelt werden. Da hilft der Lift auch nicht weiter.

Franco Faé meint, dass die Strategie des Schlosses nun vorliegt. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass der Schlossgarten angepasst werden sollte. Dies wird in absehbarer Zeit auch gemacht. Zum Einbau des Liftes im Turm gibt es bereits Skizzen. Dafür braucht es aber eine seriöse Planung für alle Seiten. Die Denkmalpflege und Personen mit dem nötigen technischen Verständnis, auch für den Brandschutz, müssen hinzugezogen werden. Die Auflagen für den Brandschutz sind tatsächlich sehr hoch. Gerade für ein solches historisches Gebäude kommt nochmals eine Scheibe oben drauf. Die Kosten und die Einbaumöglichkeit für einen Treppenlift können selbstverständlich einmal evaluiert werden. Die saloppe Aussage, dass nur eine Offerte eingeholt werden kann, stimmt so nicht. Ohne wirklich seriöse Abklärung geht heute leider nichts. Für eine genauere Planung müssen Fr. 30'000.00 in den AFP aufgenommen werden.

## 7. Beantwortung Interpellation Erni: Datengeschenke an Private? Nr. 101/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Roger Erni wünscht eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Laut Roger Erni hat der Gemeinderat geschrieben, dass es sich hier nicht um ein Datenleck handelt. Aber wenn 166 Adressen über ein paar Jahre einer Kinderkrippe verteilt werden und die Einwohnerkontrolle davon ausgeht, dass dies keine private Kindertagesstätte ist, dann weiss er nicht, was dann ein Datenleck sein soll. Der Gemeinderat schreibt von Eltern, die ihr Einverständnis geben müssen, damit ihre Adresse an die halbstaatliche Kinderkrippe im Bellpark weitergegeben wird. Das ist überhaupt kein Problem. Nun fragt die private Kindertagesstätte Strampolino nach den Adressen der Neugeborenen. Aus seiner Sicht passierte kein Irrtum, sondern ein Fehler. Dieser Fehler führte zu einem 1 ½-järigen Datenleck. Wenn man Eltern findet, die aufgrund einer solchen Adressmeldung von der Gemeinde zu Strampolino gegangen sind, möchte er noch aufzeigen, was für Auswirkungen dies haben kann. Im Mai 2017 wurde dies sofort gestoppt. Mit seiner Interpellation wollte er die Öffentlichkeit darüber informieren. Roger Erni kommt auf die 166 Adressen zurück, welche anscheinend abgegeben wurden. Nimmt man an, dass ein Kind bzw. dessen Eltern Freude am Strampolino hatten, weil sie dachten, dass dies eine öffentliche Kindertagesstätte ist und das Kind deshalb dort anmeldeten. Wenn das Kind nach 3-6 Monaten in die Kinderkrippe kommt und im Extremfall von Montag bis Freitag jeden Tag für fünf Jahre dort hingeht, gibt das einen extrem hohen Ertrag für diese Kinderkrippe. Der Sprechende hat eine Hochrechnung gemacht und kam auf einen Betrag von Fr. 100‘000.00 - Fr. 120‘000.00 pro Adresse. Er kennt mehrere private Institutionen, die die Gemeinde einklagen würden. Wenn nun Eltern kommen, die die Adresse vom Strampolino von der Gemeinde erhalten haben und ihr Kind aufgrund dessen in diese Krippe geschickt haben, dann ist das ein Ertragsausfall von Fr. 100‘000.00. Das könnte man einklagen. Roger Erni findet es nicht so harmlos, wie es der Gemeinderat schreibt. Er ist froh darüber, dass nun das 4-Augenprinzip funktioniert und hofft, dass dies bei anderen Sachen nicht auch passiert ist. In Zukunft passieren solche Sachen auch hoffentlich nicht mehr.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Für die CVP/JCVP-Fraktion sind die Fragen des Interpellanten absolut berechtigt und wichtig. Daten von Krienser Bürgern sind speziell von der Gemeinde vertraulich zu behandeln und mit deren Freigabe sorgsam umzugehen. Trotzdem ist für sie die irrtümliche Herausgabe der Geburtenliste im Jahr 2016 keine Katastrophe. Wesentlicher ist es, dass die Gemeindemitarbeitenden ihren Fehler eingestehen und daraus lernen. Mit besseren Kontrollen und einem 4-Augenprinzip sollen solche unrichtigen Anwendungen vermieden werden. Doch wie genau wird dieses Prinzip konkret angewandt? Wie haben die Eltern der Neugeborenen ihr Einverständnis zur Herausgabe von Informationen zur Geburt ihres Kindes gegeben? Wurden sie explizit darauf hingewiesen? Mussten sie ein Formular unterschreiben? Oder müssen sich die Eltern selber bemühen, wenn sie wollen, dass keine Informationen weitergegeben werden? Die CVP/JCVP-Fraktion denkt, dass solche Fragen gestellt werden müssen und dürfen. Fälschliches Ausliefern von Daten ist immer sehr heikel. Aber ist man ehrlich und überlegt einmal, wie „gläsern“ man sich selbst im Umgang mit Internet und auf Social Media Plattformen präsentiert.

Gemäss Martin Zellweger, SVP-Fraktion, sind Datenschutz und Datensicherheit zurzeit ein hochaktuelles Thema. Mit der Einführung des neuen europäischen Datenschutzgesetzes GDPR beispielsweise werden in diesem Monat Regelungen und Gesetze in Kraft gesetzt, welche massiven Einfluss auf den weltweiten Umgang mit persönlichen Daten haben. Das merkt man eventuell selber, wenn man in diesen Tagen für die unterschiedlichsten Online-Beziehungen neue Geschäftsbedingungen akzeptieren muss. Bei dieser Erneuerung spielt die Einwilligung des Individuums zu dem was mit seinen persönlichen Daten gemacht wird eine entscheidende Rolle. Eine ebenso wesentliche Rolle spielen die sehr grossen Strafen, welche bei Missbrauch oder auch schon bei fahrlässigen Datenlecken sogar auf Personen ausgesprochen werden können. Ein Datenleck, abhängig von der Grössenordnung, kann auch nicht mehr einfach unter dem Deckel gehalten werden, sondern muss an die Behörde gemeldet

werden. Die Digitalisierung kombiniert mit der Globalisierung und den Möglichkeiten von Big Data eröffnen ungeahnte Möglichkeiten, bergen aber wie immer auch grosse Risiken, nämlich des Missbrauchs, konkret des Datenmissbrauchs. Wenn Kriens auch nur eine kleine Gemeinde in dieser weltweiten Entwicklung ist, wird die Sensibilisierung der Menschen auf den Umgang mit ihren persönlichen Daten auch hier zunehmen. Die Gemeinde wird über kurz oder lang gefordert, den Umgang mit persönlichen Daten noch mehr im Fokus zu halten. Der Beantwortung der Interpellation entnimmt man, dass der Gemeinderat sich grundsätzlich strikte an die Regelungen hält und es sich um einen Einzelfall handelt. Trotzdem begrüsst die SVP-Fraktion Massnahmen, um solche Datenlecks zukünftig zu vermeiden. Auch wenn der Gemeinderat dies nicht als Datenleck bezeichnet, ein Datenleck bedeutet, dass vertrauliche Daten an unberechtigte Empfänger gelangt sind, egal aus welchem Grund und dies ist hier der Fall. Das 4-Augenprinzip ist in diesem Fall sicher eine passende Massnahme. Wichtig ist sicher auch eine generelle Sensibilisierung sämtlicher Gemeinde-Mitarbeitende auf den Umgang mit persönlichen Daten zu erreichen und regelmässig aufzufrischen. Der in der Interpellation angesprochene Fall scheint erledigt und vom Gemeinderat wurde auch richtig reagiert. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Gemeinderat jedoch dieses Thema „Schutz persönlicher Daten“ grundsätzlich auf ihrer Agenda zu belassen und aktiv zu bearbeiten.

Laut Michael Portmann, SP-Fraktion, fliessen im Zeitalter der digitalen Medien immer grössere Datenmengen zwischen uns hin und her. Viele Firmen haben sich deshalb darauf spezialisiert aus diesen Datenströmen gezielt Informationen herauszufischen. Diese Informationen sind heute viel Geld wert und werden gewinnbringend verkauft. Diesem Trend wirken die Datenschutzgesetze von Bund und Kanton, sowie das Datenschutzreglement der Gemeinde entgegen. Ziel dabei ist der Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen, deren Daten bearbeitet werden. Im Reglement wird der Umgang mit den Daten der Krienserinnen und Krienser festgelegt, die an unterschiedlichen Orten in Kriens gesammelt werden. Adresse, Anzahl der Kinder, Konfession, Zivilstand, Einkommen, Wohnsituation etc. All diese Daten gilt es zu schützen, was offenbar nicht immer gelungen ist. Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, dass in der Verwaltung regelmässig bezüglich Datenschutzes sensibilisiert wird. Die Thematik ist hochkomplex, da beispielsweise in E-Mails keine sensiblen Daten verwendet werden sollten und dies obwohl E-Mails heute oft das bevorzugte Kommunikationsmittel zwischen den Beteiligten ist. Viele Verwaltungen bieten heute Spezialangebote für Smartphones und Abos, da immer mehr Menschen ihr Smartphone sowohl für die Arbeit sowie Privates verwenden. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es unerlässlich, dass Mitarbeitende über Phishing-Mails oder die totale Überwachung durch Apps wie Whatsapp Bescheid wissen und entsprechend vorsichtig mit sensiblen Daten umgehen. Gleichzeitig ermöglicht Kriens Gruppen den Zugriff auf Daten. So werden beispielsweise die Adressen von Jungbürgerinnen und Jungbürgern auf Anfrage bekannt gegeben. Nur, wer kontrolliert, wie diese Daten verwendet werden und wer alles Zugang zu diesen Daten hat? Ob da ein Formular mit Unterschrift ausreicht, um den Datenschutz zu gewährleisten, stellt die SP-Fraktion in Frage. Sie hofft sehr, dass da auch ab und zu stichprobenartig kontrolliert wird. Es stellt sich zusätzlich die Frage, warum die Daten nicht in einer einzigen zentralen Datenbank erhoben werden. Mit der Verwaltung in einem Zentrum liesse sich dies besser verwirklichen und wäre einfacher von der Aussenwelt abzuschotten. Mit Zugangsberechtigungen wäre es sicher möglich, dass die einzelnen Departemente nur die für sie relevanten Daten sehen. Eine zentrale Datenbank hätte auch den Vorteil, dass statistische Abfragen sowie Zeitreihen möglich werden, mit welchen Entwicklungen in Kriens direkt abgebildet werden könnten. Für Quartierentwicklung, Verkehrsplanung oder Schulraumplanung wären diese Daten eine wertvolle Ergänzung zu den heute verwendeten Schätzwerten. In LuzernSüd könnten solche Abfragen ein Monitoring für den Verkehr ermöglichen. Auch für Mitwirkungsverfahren oder Informationsveranstaltungen wäre es sicher sehr praktisch, wenn per Knopfdruck Adresslisten erstellt werden könnten. In diesem Sinne dankt die SP-Fraktion dem Gemeinderat für die Beantwortung und hofft, dass er dieses scheinbar einfache Thema weiterhin mit der notwendigen Sensibilität behandelt.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Erich Tschümperlin froh, dass dieser Fehler behoben wurde. Der Gemeinderat schreibt in der Antwort, dass ein Fehler passiert ist. Das nimmt sie so zur Kenntnis und akzeptiert dies auch. Wichtig ist auch zu wissen, dass die Eltern, bei einer irrtümlichen Herausgabe von Adressen, von der entsprechenden Krippe angeschrieben werden. Im Beispiel von Roger Erni also von Strampolino und nicht von der Gemeinde. Und hier kommt die Eigenverantwortung der Eltern zum Zuge, ganz so wie dies die FDP immer wieder fordert. Die Eltern werden sich hoffentlich informieren, um welche Krippe es sich handelt, nach welchen Grundsätzen sie arbeitet und wer die Träger dieser Krippen sind. Sie werden kaum blindlings dem ersten Anbieter zusagen in der Meinung, dass es sich um die Gemeinde handelt. Also kaum so wie dies Roger Erni bildhaft beschrieben hat. Denn es wäre blauäugig und gar verantwortungslos sein Kind unbesehen irgendwohin zu geben ohne genauere Abklärung. So gesehen teilt die Grüne/GLP-Fraktion das Horrorszenario von Roger Erni nicht. Sie glaubt auch nicht, dass Haftungsklagen von mehreren Fr. 100'000.00 auf die Gemeinde zukommen werden. Das ist nicht ganz so schlimm. Das dem Datenschutz immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, in Zeiten in denen immer mehr und sensible Daten erhoben werden, ist allen klar. Die Grüne/GLP-Fraktion geht davon aus, dass die Gemeinde sich dieser Problematik bewusst ist und sich diesem Thema regelmässig stellt.

Cyrill Wiget ist es ein Anliegen, dass sich der Gemeinderat hinter das Personal stellt und auch bei einem Fehler hin steht. Dieser Fehler ist passiert und der Fehler wurde zugegeben. Roger Erni hat vielleicht nur bis zur Antwort von Frage 3 gelesen. Er hat auch nur den ersten Teil davon zitiert. Man kann natürlich lange darüber streiten, ob es sich um ein Leck oder unrichtige Anwendung der Grundregeln ist. Es existieren Regeln und das Personal wird sensibilisiert diese Regeln einzuhalten. Das ist passiert und der Gemeinderat möchte es auch nicht beschönigen. Es ging keinerlei kriminelle Energie von einem Mitarbeitenden aus oder sonstige Bereicherungsabsichten. Schlussendlich steckt der Dienstleistungsgedanke eines Mitarbeitenden dahinter, der etwas Gutes tun wollte, wobei ihm dieser Fehler unterlaufen ist. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden helfen möchten. Wo gehobelt wird, fliegen auch Späne. Ihm ist es auch lieber, dass beim Helfen Fehler passieren, als dass gar nicht geholfen wird. Dem Gemeinderat ist nicht bekannt, dass jemand zu Schaden gekommen ist. Die neue EU-Norm des Datenschutzes ist ausserordentlich streng. Die Schweiz selbst wird noch die Möglichkeit haben diese Normen umzusetzen. Diese kann eventuell noch strenger ausfallen. Man muss sich auch bewusst sein, was dies an Aufwendungen bedeutet, nämlich nicht nur für die öffentliche Hand, sondern auch für das Gewerbe. Inhaltlich ist es sicher richtig, aber man muss auch sehen, wie gross die Herausforderung in der Umsetzung für alle Beteiligten ist. Der Sprechende dankt fürs Verständnis für diesen Fehler und ein solcher sollte nicht mehr vorkommen.

## 8. Postulat Büchi: Mitwirkung LuzernSüd Nr. 114/18

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Daniel Rösch opponiert der Überweisung.

Laut Cla Büchi wirkt eine phasengerechte und ernstzunehmende Mitwirkung durch die Bevölkerung und Betroffenen gegen aufkommende Ängste, erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung und schafft Glaubwürdigkeit gegenüber der Exekutive und der Verwaltung. Nach den Workshops zu der sozialräumlichen Entwicklung in LuzernSüd, der Südallee und gerade diese

Woche zum Gesamtverkehrskonzept hat sich deutlich gezeigt, dass Mitwirkungsprozesse bei grösseren Entwicklungen unumgänglich sind.

Gemäss Ursula Wendelspiess unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion die Idee und Stossrichtung des Postulanten. Um unnötige Unruhe und Missstimmung zu vermeiden, sollten die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Quartiere möglichst früh miteinbezogen werden. Es ist auch verständlich, dass eine solche Veränderung der Bevölkerung dieser Quartiere Angst macht und sie informiert und miteinbezogen werden möchten. Es sollte aber geklärt werden, wie eine Mitwirkung der Bevölkerung überhaupt aussehen könnte und wie sie stattfinden soll, um keine leeren Versprechungen zu machen.

Bei der Begehung von LuzernSüd stand man laut Räto Camenisch, SVP-Fraktion, in den Rohbauten. Hier soll man sich nun eine Mitwirkung mit der Bevölkerung vorstellen. Bis jetzt gibt es dort noch keine Bevölkerung, denn diese kommt erst noch. Ein grosser Teil davon wird wahrscheinlich nicht einmal wissen, wo Kriens auf der Landkarte ist. Wie stellt man sich die Mitwirkung der Bevölkerung vor? Für alle Bauvorhaben gibt es geordnete Wege. Zuerst gibt es Auflagen und dann kann Einsprache erhoben werden etc. Man soll mit diesen Bevölkerungsmitwirkungen aufhören. Was ist die Bevölkerung? Jeder der sich berufen fühlt hier mitzureden? Andere sind vielleicht gar nicht orientiert, dass etwas stattfindet. Der runde Tisch mit den Anwohnern im Eichhof hat auch nichts gebracht. Man hat dies durchgezogen, aber der Bau steht immer noch nicht.

Daniel Rösch führt aus, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich gegenüber dem Anliegen eine positive Haltung hat, sie hat sich jedoch eine Diskussion gewünscht. Das Entwicklungsgebiet rund um den Mattenhof bringt grosse Veränderungen mit sich und bedingt so auch eine Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen. Die Partizipation und Meinung der Bevölkerung ist daher auch entsprechend wichtig sowie wünschenswert. Wie der Postulant schon ausgeführt hat, scheint auch das Interesse der Bevölkerung an einer Partizipation entsprechend gross zu sein. Der Postulant verlangt die Prüfung wie ein Konzept der Mitwirkung in LuzernSüd mit den Partnergemeinden Horw und Luzern erarbeitet und umgesetzt werden kann. Die FDP-Fraktion fragt sich an dieser Stelle, was genau das konkrete Ergebnis der überkommunalen Mitwirkung sein wird? Darf man mit einem kommunalen Richtplan oder einem regionalen Richtplan rechnen? Sind die Beschlüsse, welche im Rahmen der Mitwirkung getroffen werden, verbindlich und können vom Einwohnerrat nur noch zur Kenntnis genommen werden? Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass das Parlament nicht aussen vor gelassen wird und so das Mitspracherecht auf das Entwicklungsgebiet nur noch teilweise gegeben ist. Sie verlangt daher eine Aufklärung über die nächsten Schritte. Der Postulant soll seine Forderungen konkretisieren und der Gemeinderat soll seine Absichten bekannt geben.

Cla Büchi, SP-Fraktion, geht es genau darum, dass weniger Einsprachen eingehen. Es soll vorher geschaut werden was mehrheitsfähig ist. Wenn eine Einsprache eingereicht wird, steht das Projekt schon. Darin wurde sehr viel Geld und Zeit investiert. Wenn dann ein Projekt Schiffbruch erleidet, hat niemand gewonnen, sondern alle verloren.

Die Grüne/GLP-Fraktion hat gemäss Tomas Kobi bereits beim Bericht zum Postulat Spörri hinsichtlich Quartierstrukturen stärken gesagt, dass sie den zukünftigen Aktivitäten des Gemeinderates gespannt entgegen schaut. Natürlich geht es im Postulat Büchi nicht in erster Linie darum Quartierstrukturen zu stärken, sondern um das Mitwirken im Entwicklungsprozess. Und dennoch geht es auch in LuzernSüd um ein Quartier. Hier stellt sich schon die Fra-

ge, wie dieses Quartier mitgestaltet werden kann. Wie wird die Partizipation jetzt in LuzernSüd angegangen? Immerhin werden hier mal mehrere tausend Menschen leben. Es kann nicht sein, dass dies einfach den Investoren überlassen wird. Mitwirkung muss für den Gemeinderat ein klar erklärtes Ziel sein. Es ist wichtig, das engagierte Bewohner und Bewohnerinnen mitwirken und mitgestalten können beispielsweise an Spielflächen, Grünplätzen, verschiedenen Begegnungsorten oder Gemeinschaftsräumen. Die Gemeinde Kriens muss doch auch an einem attraktiven Lebensraum interessiert sein. Es kann nicht sein, in LuzernSüd ein Quartier entstehen zu lassen und sie dann zu einer Trabantenstadt verkommen zu lassen. Nimmt man sich ein Beispiel am Kanton Basel-Stadt; als einer der ersten Kantone förderte er die Mitwirkung der Bevölkerung an partizipativen Prozessen.

Anita Burkhardt-Künzler staunt etwas, dass die SVP gegen eine Partizipation ist. Sie spricht immer davon was der Wählerwille ist. Eine Partizipation ist nichts anderes, als eine Abholung der Meinung von Wählern, die an einem Thema interessiert sind und sich einbringen können. Dass die Bevölkerung tatsächlich Interesse an eine Mitwirkung hat, zeigte sich am Dienstag betreffend Partizipation zum Gesamtverkehrskonzept. Es kamen ca. 100 Personen. Genau das gleiche war bei der Süd Allee der Fall. Aufgrund der grossen Nachfrage musste man die Örtlichkeit vom Singsaal Roggern in den Südpol verlagern. Die Krienser Bevölkerung ist interessiert und möchte eine Partizipation. Deshalb darf man dieses Postulat absolut unterstützen.

Daniel Rösch hat noch Fragen gestellt, worauf er keine Antworten erhalten hat. Er möchte gerne eine Stellungnahme des Postulanten.

Cla Büchi hat sein Anliegen absichtlich offen formuliert. Die Gemeinde hat so die Möglichkeit die richtige Form der Partizipation wählen zu können. Die HSLU ist in die Prozesse in der Süd Allee miteingebunden. Die HSLU kann dazu auch noch Inputs geben, wie dies in anderen Gemeinden gemacht wird. Dort erwartet er vom Gemeinderat, dass er einen Weg aufzeichnet, wie man dies zukünftig machen kann.

Daniel Rösch leitet gleich die Frage an den Gemeinderat weiter. Wie gedenkt der Gemeinderat mit dieser Forderung fortzufahren?

Cyrill Wiget möchte den Bericht zu diesem Postulat nicht schon vornewegnehmen, aber macht eine Präzisierung dazu. Grundsätzlich muss man es in einem grösseren Kontext sehen. Die Gesellschaft verändert sich und es wird in erster Linie städtisch und urban verdichtet. Das heisst, man braucht viel mehr Verständnis füreinander, wenn man in diesen Räumen zusammenlebt. Vor nicht allzu vielen Jahren hat man in Kriens kaum vernommen, wenn der eine Landwirt geschrien hat. Dazumal war man so weit auseinander und Kriens war sehr dünn besiedelt. Das ist eine extreme Veränderung. In diesem Rahmen wächst das Bedürfnis nach Verständnis von Entwicklungen. Man möchte wissen, was vor der Haustüre passiert. Diesem Bedürfnis nach mehr Information und Auseinandersetzung muss die Politik gerecht werden. Die Menschen haben heute auch mehr Möglichkeiten, um an mehr Informationen zu gelangen. Dadurch sind sie auch angeregter mitzudenken. Das ist grundsätzlich etwas ausserordentlich Positives. Der Sprechende hat sich wahnsinnig gefreut, dass am letzten Dienstag fast 100 Personen anwesend waren. Es waren sogar mehr Leute als in der Stadt Luzern, die einen ähnlichen Anlass durchführten. Die Krienserinnen und Krienser wünschen, dass sie informiert werden. Es gibt aber auch Grenzen. Es ist natürlich gefährlich, wenn man Prozesse und Inhalte vertauscht. Beim erwähnten Prozess des Postulanten hat sich im Rahmen des

Anlasses gezeigt, was die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Jetzt geht es auch darum inhaltlich etwas bieten zu können. Einfach zu meinen, dass man mit vielen grossen Versammlungen die Probleme lösen kann, ist nicht korrekt. Man muss den Fiebermesser hineinstecken, aber danach ist die Behörde gefragt in seinem Kompetenzbereich weiterzuarbeiten. Räto Camenisch hat richtig erkannt, dass die Mitwirkung kein Ersatz von politischen Gefässen sein kann. Das ist selbstverständlich auch nicht so gedacht. Es gibt keine Partizipation bei Bebauungsplänen. Man versucht den Bürgern das Thema sachlich zu erklären und dass diese sich in den Prozess einklinken können. Die beiden Elemente sind wie zwei Seiten einer Medaille. Es braucht zunehmend beide.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulats Büchi: Mitwirkung LuzernSüd (Nr. 114/18)**
Das Postulat wird mit 13:9 Stimmen überwiesen.

| | |
|---|---|
| Binggeli, Michèle | nein |
| Büchi, Cla | ja |
| Burkhardt-Künzler, Anita | ja |
| Camenisch, Räto | nein |
| Erni, Roger | nein |
| Estermann, Yvette | nein |
| Fluder, Hans | nein |
| Graf, Alfons | nein |
| Kobi, Tomas | ja |
| Koch, Patrick | nein |
| Lammer, Thomas | ja |
| Nyfeler, Nicole | ja |
| Portmann, Michael | ja |
| Rösch, Daniel | ja |
| Schwarz, Erwin | nein |
| Sigg, Leo | ja |
| Spörri, Raphael | ja |
| Tanner, Beat | ja |
| Tschümperlin, Erich | ja |
| Vonesch, Andreas | ja |
| Wendelspiess, Ursula | ja |
| Zellweger, Martin | nein |

## Schluss

Rolf Schmid bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 28. Juni 2018. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant uno e piú.

Heinz Erhardt hat wie üblich während seines Präsidialjahres das Schlusswort:
*«Ich kann's bis heute nicht verwinden,*
*deshalb erzähl' ich's auch nicht gern:*
*den Stein der Weisen wollt' ich finden*
*und fand nicht mal des Pudels Kern.»*

Er wünscht allen schöne sommerliche Frühlingstage.

Die Sitzung schliesst um 17:25 Uhr.

**********

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident: Rolf Schmid

Der Gemeindeschreiber: Guido Solari

Die Protokollführerin: Janine Lipp